

Einen anderen

{ 改道 }

Weg gehen...

N°26 - 02.2013

GÄIDÃO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION



It is often said that Anarchists live in a world of dreams to come, and do not see the things which happen today. We do see them only too well, and in their true colors, and that is what makes us carry the hatchet into the forest of prejudice that besets us.



IN DIESER AUSGABE

Studierende besetzen Ungebäude in Dresden | §129-Ermittlungen aus Sachsen erreichen Berlin
Reisebericht aus Barcelona | Einige Gedanken zu Verantwortung und Transparenz
Pinnwand & Syndikater uvm.



**02****[改道] Gai Dào**
N°26 - Februar 2013

Editorial

Hallo Menschen,

zuerst mal ein dickes Sorry von uns, dass die aktuelle Ausgabe nicht wie gewohnt überpünktlich erschienen ist. Wir befinden uns ja noch in der Startphase der Druckausgabe und müssen uns auch selbst noch ein wenig einarbeiten.

Aber jetzt noch ein paar Worte zur dieser Ausgabe:

Leider haben wir in dieser Ausgabe (zum ersten Mal!) keine Nachrichten/Beiträge zur globalen anarchistischen Bewegung. Das liegt nicht daran, dass es nichts zu berichten gäbe. So erlebt Griechenland gerade eine weitere Welle der Repression, in Spanien tut sich einiges (so haben in mindestens einer Großstadt die Schlosser beschlossen, bei Wohnungsräumungen der Polizei nicht mehr die Türen zu öffnen), in Portugal ist das Projekt Escola endgültig gestorben, gleichzeitig benötigen noch immer viele lokale Aktivist*innen finanzielle Unterstützung, in Italien toben Arbeitskämpfe im Gesundheitswesen, an denen sich unter anderem die anarcho-syndikalistische Unione Sindacale Italiana (USI-IAA) mit ihrer Sektion der Pflegeberufe (Sanita) beteiligt, in Ägypten ist eine neue Verfassung durchgepeitscht worden, aber der Widerstand dagegen ist noch nicht vorbei, usw. usf.

Es gäbe wirklich sehr viel zu berichten, allein, diesmal waren alle unsere Übersetzer*innen und Autor*innen schon anderweitig voll ausgelastet.

Aber natürlich findet ihr in dieser Ausgabe trotzdem noch sehr viel Interessantes und Lesenswertes. Besonderes Augenmerk wollen wir auf die Aufrufe in dieser Ausgabe lenken. Dabei möchten wir euch bitten, diese nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch weiter zu verbreiten und euch nach Möglichkeit auch aktiv zu beteiligen.

Außerdem findet ihr den zweiten „Syndikater“ in dieser Nummer und mit dem Text „Autorität, wo steckst du?“ einen Diskussionsbeitrag zu dem Artikel „Staat, Patriarchat und Geschlecht – Zusammenhang am Beispiel des §218 StGB“ aus der Januar-Ausgabe der Gai Dào.

Nicht zu vergessen ein Text „Zur Wichtigkeit von Verantwortung und Transparenz in anarchistischen Organisationen“ und ein weiteres Gedicht von Hans Marchetto und vieles andere mehr.

Und wir wollen euch natürlich auch nicht vorenthalten, dass das FdA erneut Zuwachs bekommen hat. Dieses Mal durch das Anarchistische Netzwerk Tübingen, welches sich durch seinen Beitritt zum Anarchistischen Netzwerk Südwest* auch dem FdA angeschlossen hat. Dazu aber bald noch mehr!

Also dann, viel Spaß beim Lesen!
Eure Redaktion

Impressum:

Herausgeber*innen:
V.i.S.d.P.:

[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
Be the media
Postfach 11 24
66361 St. Ingbert

Druck und Verlag:
Erscheinungsweise:
Kontakt:

Eigenverlag
monatlich
redaktion-gaidao@riseup.net

Über uns

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift des Forums deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA), das in der Internationalen der anarchistischen Föderationen (IFA) organisiert ist.

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied des FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien des FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipien im Besonderen und denen des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.



Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

Lokales



- 04** *Studierende besetzen aus Protest ihr Unigebäude in Dresden*
Mitglieder von FAU und FdA sind mit dabei
- 06** *Eins, zwei, viele libertäre Zentren*
LiZ-Kampagne in Bonn - Rückblick und Vorfreude
- 08** *Schnüffeln - Razzen - Wegsperrern*
§129-Verfahren aus Sachsen dehnt sich jetzt auf Berlin aus
- 09** *Pinnwand*
Nachrichten in aller Kürze

Bewegung



- 10** *Wenn wir uns an sie erinnern*
Geschichte ist unser kollektives Gedächtnis

Kultur und Alltag



- 13** *Meine Reise zu Durruti*
Einmal Barcelona und zurück - ein Reisebericht
- 16** *Gedichte*
- 16** *Syndikater*
Nazis: gestern, heute, morgen?
- 17** *Anarchismus, Marxismus, Emanzipation*
Rezension des gleichnamigen Buches von Philipp Kellermann

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Analyse & Diskussion



- 19** *Autorität, wo steckst du?*
Eine feministische Erwiderung auf den Artikel „Staat, Patriarchat und Geschlecht – Zusammenhang am Beispiel des §218 StGB“
- 22** *„Oft steckt der Teufel im Detail“*
Ein paar Worte zur Wichtigkeit von Verantwortung und Transparenz in anarchistischen Organisationen

Geschichte



- 24** *Anarchismus und Judentum*
Kapitel 3.3

Aufrufe



- 25** *Die reinste Trauerveranstaltung*
Aufruf zu den Protesten gegen die Nazi-Fackelmahnwache am 23. Februar in Pforzheim
- 27** *Es geht um mehr als um EDV*
Aufruf gegen den 16. europäischen Polizeikongress 2013 in Berlin
- 28** *We will rise again*
Aufruf zum Kongress der kämpfenden Flüchtlinge in München
- 29** *Solidarität muss Bargeld werden*
Ein Aufruf aus Finsterwalde

Termine



- 30** *Termine*
- 31** *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder



Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.



Studierende besetzen aus Protest ihr Unigebäude in Dresden

Mitglieder aus FAU und FdA sind mit dabei

★ von w.m.

Zum Redaktionsschluss ist der studentische Freiraum KOK16 seit elf Tagen besetzt. Mit dieser Maßnahme versuchen die Nutzer*innen die Schließung des einzigen emanzipatorischen Hochschul-Raumes durch die Technische Universität Dresden doch noch zu verhindern. Um den Konflikt formiert sich wieder eine studentische Opposition, von der vor wenigen Wochen noch nichts zu spüren war. Unterstützt wird sie dabei durch Struktur und Know-how organisierter Anarchist*innen.

Der Frost lähmt die Stadt. Etwas ab vom Campus liegt hinter einer schneeweißen Brachfläche eine alte Baracke aus DDR-Zeiten. Das Gebäude auf der Bayreuther Straße 40 beherbergte neben einigen anderen Hochschulgruppen auch den Freiraum KOK16. Der Freiraum, der einen geräumigen Seminarraum, eine große Küche und ein weitläufiges Büro umfasst, entstand 2010 im Austausch gegen den im November 2009 besetzten Hörsaal POT 81. Als sich damals eine internationale Welle von Hörsaalbesetzungen u. a. gegen die Bologna-Reform richtete, waren viele überrascht, dass diese auch Dresden erfasste und der besetzte Saal über ganze zwei Monate in der Hand der Studierenden blieb. Überrascht deshalb, da die TU Dresden v. a. für die konservative Grundstimmung unter den Studierenden bekannt ist.

Nun ist das Gebäude bunt bemalt, mit Street-Arts und Parolen verziert. Über dem Eingang prangt ein Banner – „BESETZT!“ und vor der Treppe verkündet ein weiteres Transparent: „Wir fordern: Neue, mindestens gleichwertige Räume, bis dahin keine Räumung der Baracke!“ In den letzten Jahren waren Veranstaltungen im abseitigen Gebäude wenig dicht gesät. Nach den großen Protesten 2009 bröckelte die breite Masse der Unterstützer*innen weg, ging wieder ihrer eigenen Wege oder engagierte sich anderswo. Der kleine Kreis von Projekt-Aktivist*innen verpasste das Bewerben des Raumangebots innerhalb der neuen Semester. Die Opposition der Dresdner Studierenden schloß ein oder fand sich in den Räten mit den strukturimmanenten Sachzwängen konfrontiert.

Vor wenigen Monaten wurde in Sachsen ein neues Hochschulgesetz verabschiedet. Es zielt darauf ab, die Legitimation und Finanzierung der studentischen Gremien in Sachsen zu vernichten und sich so mit einem Schlag der gesamten sächsischen Studierendenvertretung zu entledigen. Das Gesetz, binnen zweier Wochen in den Semesterferien durch den Landtag gepeitscht, offenbarte das ganze Ausmaß der studentischen Handlungsunfähigkeit in Sachsen. Seitdem gab es neben einer Klage verschiedener Studierendenräte keinerlei größeren Protest. In Sachsen blieb es grabesstill.

Es hatte deshalb einen wesentlich bittereren Beigeschmack, als Anfang Januar auch der einzige Treffpunkt der außerparlamentarischen Opposition an der TU die Kündigung im Briefkasten hatte. Offiziell wurde die geplante Räumung des gesamten Gebäudes zum 10. Januar mit veralteter Elektrik in der Heizungsanlage begründet. Es bestehe ein „nicht einschätzbares Risiko“ – na danke.

Für Studierende beruhigende Worte, aber keine Heizung, kein Licht

Von konstruktiven Lösungsansätzen ließ sich von Seiten des Rektorats in den letzten Tagen und Wochen wahrlich nicht sprechen. Auf bauliche Mängel des Heizsystems wurde mit einer schlecht kommunizierten und überstürzten Räumung des Freiraums KOK16 und der Büros diverser Hochschulgruppen und -initiativen reagiert. Es wurde ausschließlich Bedauern ausgedrückt, dass zurzeit keine Ersatzräume zur Verfügung stünden. Einen Plan, wie es nach Meinung der Uni-Leitung weitergehen soll, bekamen die Nutzer*innen nicht zu hören. Auf die daraus resultierende Weiternutzung des KOK16 reagierte die Uni am 11. und 12. Januar mit dem Abstellen von Strom und Wasser. Als danach Kerzen zur Beleuchtung verwendet wurden, wurde auch dieses per Räumungsandrohung untersagt. Die kritischen Studierenden sollen offenbar mit Taschenlampen in der Kälte hocken.

Es wurde den Nutzer*innen kein Konzept zur Raumfindung oder gar eine Liste ungenutzter TU-Räumlichkeiten vorgelegt. Es wurde nicht nach alternativen Möglichkeiten zur Wärme- und Stromversorgung gesucht. Bis dato ließ sich das Rektorat nicht einmal dazu herab, ei-



nen Gesprächstermin anzubieten, und kommunizierte nur über Briefe und den vorbeigeschickten Sicherheitsdienst.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Besetzer*innen des KOK16 Zweifel hegen, dass sie ohne öffentlichen Druck und eine Fortführung der Besetzung Chancen auf neue Räumlichkeiten erhalten würden.

Die Besetzer*innen setzen auf Öffentlichkeit und Veranstaltungen

Am 14. Januar wurde in einer aufwändigen Kletteraktion ein 10 Meter langes Transparent mit der Aufschrift „Was verliert die Uni, wenn sie einen Freiraum erhält?“ unter dem Dach des Hörsaalzentrums angebracht. Gleichzeitig verteilten Unterstützer*innen mehrere hundert Flugblätter, in denen der Konflikt dargestellt wurde. Auf ihnen wurde gefordert, dass Strom und Wasser unverzüglich wieder angeschossen werden, die Uni neue, mindestens gleichwertige Räume zur Verfügung stellt und bis dahin die Besetzung auf der Bayreuther Straße geduldet wird.

Seit dem Beginn der Besetzung wird der Konflikt in den lokalen Medien mehr und mehr präsent. Bis jetzt berichteten unter anderem die Campuszeitungen Ad Rem und CAZ, die Dresdner Neusten Nachrichten, die Sächsische Zeitung, der Lokalfernsehsender Dresden1, ColoRadio und die Alternativen Dresden News ausführlich über den Konflikt. Auch in den sozialen Medienplattformen Facebook und Twitter erregt das Thema zunehmend Aufmerksamkeit.

Um mehr Unterstützer*innen mit dem Projekt vertraut zu machen, wurden außerdem in der ersten Besetzungswoche diverse Veranstaltungen organisiert oder von solidarischen Projekten ins KOK verlegt.

Die Bandbreite reichte bis jetzt von Workshops, über politische Filme und Konzerte bis hin zu Vorträgen z. B. zu Anarchosyndikalismus.

Entscheidungen werden in verschiedenen Arbeitsgruppen (z. B. Presse, Strategie, VoKü) und im Gesamtplenar nach Möglichkeit im Konsens getroffen und über ein gemeinsames Wiki, Herzstück der Projektorganisation seit der Hörsaalbesetzung 2009, transparent gemacht.

Solidarität mit anderen Projekten

Unter den Studierenden und Unterstützer*innen im KOK16 bleibt Diskussion derweil nicht beim eigenen Problem stehen. Auch wenn der KOK16 im Gebäude das einzige Projekt ist, das sich entschlossen hat zu bleiben und zu kämpfen – auch die anderen Initiativen stehen vor dem Aus. Thematisiert werden auch andere Missstände wie die Architektur-Fakultät der TU, der erst neue Räume versprochen wurden, die sich dann jedoch die Verwaltung schnappte. Die Architektur-Studierenden dürfen nun über den halben Campus hasten, um von einer Vorlesung zur anderen zu kommen, und sind darüber hinaus noch in z. T. unzumutbaren, kleinen und dunklen Räumen untergebracht. Auch andere Schattenseiten der fortschreitenden Rationalisierung an der Universität, z. B. die prekäre Bezahlung vieler Uni-Angestellter oder die auf drei Monate befristeten Arbeitsverträge der Dozierenden, die Meinungsfreiheit und Kündigungsschutz reinen Hohn sprechen, werden thematisiert.

Und auch wenn der Vorwand für die Räumung bauliche Mängel sind, so ist doch allen Besetzer*innen klar, wie gut sich die beabsichtigte Räumung des KOK16 in die unmittelbare Bedrohung der Hausprojekte RM16 und Praxis sowie des Wagenplatzes Freiraum Elbtal in Dres-

Solidaritätsadresse des Allgemeinen Syndikats Dresden FAU-IAA an Besetzer*innen im KOK 16

Liebe Besetzer*innen des KOK 16,
mit Freude haben wir von eurer Besetzung erfahren und sogleich versucht, diese nach besten Kräften zu unterstützen. Wir verurteilen die jahrelange Farce, mit der die Leitung der TU Dresden seit der Besetzung des POT 81 im Jahr 2009 versucht, die kritische Studierendenschaft zu unterminieren. Mit der Räumungsaufforderung an die Nutzer*innen des KOK 16 zum 10. Januar 2013 wurde mit Sicherheit nicht der letzte Versuch unternommen, jeglicher Opposition innerhalb des Unibetriebes einmal mehr den Boden zu entziehen.

In unserer Basisgewerkschaft vereinen wir neben anderen Berufsgruppen auch Angestellte der Dresdner Bildungseinrichtungen und Studierende. Der Schlag, zu dem die TU-Leitung mit der Räumung ausholt, trifft daher ebenso auch uns. Als eine libertäre Organisation sind wir uns der Notwendigkeit freier Bildungsräume und sozialer Treffpunkte für die Weiterentwicklung der Gesellschaft bewusst. Der KOK leistete dabei über Jahre hinweg seinen selbstorganisierten Beitrag in der Stadt Dresden. Die Vernichtung dieses studentischen Freiraums reiht sich dabei in eine allgemeine Kampagne verschiedenster Institutionen gegen sozio-kulturelle Räume in Dresden ein. Sie ist in ihrer politischen Stoßrichtung eng verbunden mit der Bedrohung der beiden linken Wohnprojekte „Praxis“ und „RM16“ sowie mit der Tilgung des Wagenplatzes „Freiraum Elbtal“.

Wir unterstützen euch in euren Forderungen nach geeigneten Ersatzräumen, um selbstorganisierte, emanzipatorische Hochschulpolitik weiterhin möglich zu machen. Wir werden euch in den nächsten Tagen/Wochen nach allen Möglichkeiten unterstützen und wünschen euch alle Kraft, Zähigkeit und Beharrlichkeit und Penetranz, die ihr braucht.



Das Allgemeine Syndikat richtete bereits in den ersten Tagen der Neubesetzung ein provisorisches Büro ein (Foto: ASD Dresden)

**06****[改道] Gai Dào****N°26 - Februar 2013**

den einreicht. Insgesamt steht in diesem Jahr der größere Teil emanzipatorischer Treffpunkte und Wohnprojekte vor dem Aus, sollten die Gegenaktionen keine Wirkung entfalten. Der Kampf um einen selbstverwalteten Freiraum an der TU ist damit gerade in diesem Jahr ein Kampf gegen das Verschwinden kritisch-politischer Räume in Dresden insgesamt.

Anarchist*innen solidarisieren sich

Schon zu Beginn der Besetzung solidarisierten sich viele Einzelpersonen aus dem Allgemeinen Syndikat Dresden (FAU-IAA) und anderen Zusammenhängen des Libertären Netzwerks (FdA-IFA) praktisch mit der Besetzung. Am 20. Januar veröffentlichte das Allgemeine Syndikat einen von mehreren Initiativen und Einzelpersonen unterschriebenen offenen Brief, in dem die genannten Forderungen der Besetzer*innen unterstützt werden.



Weitere Informationen

KOK16:

Homepage: www.pot81.de

E-Mail: info@pot81.de

Twitter: [www.twitter.com/pot81](https://twitter.com/pot81)

Allgemeines Syndikat Dresden

Homepage: www.fau.org/ortsgruppen/dresden

Kontakt: faudd@fau.org

Libertäres Netzwerk Dresden

Homepage: www.libertaeres-netzwerk.info

Kontakt: linetddd@riseup.net

Online-Petition zum Erhalt des KOK16 via QR-Code oder unter:

www.bit.ly/U8Xx2W



Eins, zwei, viele libertäre Zentren

LiZ-Kampagne in Bonn - Rückblick und Vorfreude

★ LiZ Bonn

Mit der LiZ hat sich im vergangenen Jahr auch in Bonn eine Freiraumkampagne gegründet, die sich für ein libertäres Zentrum einsetzt. Seitdem fanden einige größere und kleinere Aktionen statt, unter anderem auch eine Hausbesetzung Anfang Januar, die im Kontext der Kampagne stand und durchweg großen Anklang fand. Am Samstag, dem 26. 01. 2013, werden die Forderungen nochmal auf einer Tanzdemo deutlich gemacht.

Sie fehlen in vielen Städten, unabhängig von der Größe oder Einwohnerzahl: Orte, an denen mensch sich einfach so treffen kann, ohne dass mensch dazu gezwungen wird, etwas zu konsumieren. An denen mensch sich kreativ entfalten kann, wo mensch etwas selbst or-

ganisieren kann, ohne an etwas gebunden zu sein, außer der eigenen Vorstellung.

Einen solchen Freiraum will die Kampagne für ein libertäres Zentrum (LiZ) auch in Bonn schaffen. „Seit langem fehlt uns ein Raum, wo sich verschiedene nicht profitorientierte Projekte sammeln und ihre Ideen umsetzen können“, sagt eine Aktivistin der Kampagne, „das Zentrum soll ein Ort sein, an dem sich wirklich alle ohne Diskriminierung jeglicher Art frei bewegen können.“ Die offene Gruppe setzt sich aus Menschen verschiedener Altersgruppen zusammen, die alle den Bedarf an Freiräumen in der Stadt sehen und sich dafür einsetzen wollen. Viele Aktionen hat es seit der Gründung im September letzten Jahres gegeben und jedes Mal gab es positive Rückmeldungen. Neben der Veranstaltung eines Nachbarschaftscafés wurde ein selbst



Tanzdemonstration für ein libertäres Zentrum mit etwa 150 Teilnehmer*innen am 26. Januar in Bonn (Foto: lizbonn.blogspot.de)

angefertigtes BlackBoard am Frankenbadplatz aufgestellt. Beides sollte eine Plattform zu Austausch bieten, doch bereits zwei Tage nachdem es aufgestellt worden war, entfernte die Stadt das Schild, trotz klar erkennbarer Kontaktadresse, kommentarlos. Ein zweites wurde am Morgen nach seiner Aufstellung vom Ordnungsamt zerstört. Gründe für diese Handlung wurden gegenüber Anwohner*innen auch auf Nachfrage nicht geäußert. Im Oktober wurde ein Straßenbahnrave organisiert, bei dem bis zu 100 Menschen in einer U-Bahn-Station zu Musik aus dem mitgebrachten Soundsystem tanzten und feierten. Vorher waren in der Stadt und in verschiedenen Bahnen Flyer verteilt worden, die die Kampagne vorstellen.

Wie viele Ideen außerdem noch in der kleinen Echse, dem Maskottchen der Kampagne, schlummern, wurde im November bei der Freiraumrallye gezeigt. Transparente zu den Themen Leerstand, Häuserkampf und Selbstverwaltung wurden gemalt und an verschiedenen Orten in der Stadt aufgehängt. Auf die Bahnmitfahrbutton-Aktion, die schon in mehreren Städten in NRW Anklang findet, wurde aufmerksam gemacht und Buttons wurden verteilt. Die Person mit dem Button gibt dadurch zu erkennen, dass sie eine Person auf ihrem Bahnticket mitnehmen kann. Einige Aktivist*innen verkleideten sich als riesige Geschenke und ließen sich mit überdimensionalen Geldscheinen und Kreditkarten durch die Innenstadt und einige Kaufhäuser jagen. Während des gesamten Aktionstages wurden viele Orte in der Stadt zudem mit bunter Kreide verschönert und Flyer mit Vorstellungen, wie ein libertäres Zentrum aussehen könnte, wurden verteilt. Es dauerte nicht lange, bis aus den Forderungen Tatsachen geschaffen wurden. Am Nachmittag des 5. Januar zogen einige Besetzer*innen in ein Gebäude der Universität in der Meckenheimer Allee 160 ein. Schon am Abend gab es erste Veranstaltungen wie eine Filmvorführung und eine kostenlose, vegane Essensausgabe. Mehrere hundert Unterstützer*innen kamen im Verlauf des Tages zu dem Gebäude, um sich solidarisch zu zeigen. Doch schon in der Nacht wurde das Haus

von Polizeikräften umstellt und die Uni-Leitung stellte Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs, weswegen die Besetzer*innen das Haus am Morgen freiwillig und ohne Schaden zu hinterlassen verließen. Die Anzeige wurde inzwischen wieder zurückgezogen, nicht zuletzt aufgrund der vielen Solidaritätsbekundungen, die die LiZ danach erreichten. Bereits im Mobi-Video zur Demonstration am Samstag, dem 26. 01., haben Aktivist*innen verschiedene Ideen gezeigt, die sie in einem libertären Zentrum umsetzen wollen. Dazu gehören eine Fahrradwerkstatt, ein Umsonstladen, vegane Vokü, Workshops zu vielen verschiedenen Themen, Partys und noch viele mehr. „Ideen gibt es genug. Was momentan noch fehlt, ist einzig der Ort“, sagt eine Aktivistin. Nachzulesen sind sämtliche Texte zu den Aktionen sowie die Solidaritätserklärungen auf der Homepage der LiZ: www.lizbonn.blogspot.de





Schnüffeln – Razzen – Wegsperren

§ 129-Verfahren aus Sachsen dehnt sich jetzt auch auf Berlin aus

★ Solikreis Berlin

Nach der Kriminalisierungswelle im Zuge der letzten Anti-Nazi-Demonstrationen erreicht die Repression jetzt auch Berliner Aktivist*innen.

Es war einmal ein Landeskriminalamt (LKA) und zwar in Sachsen... Trotz einer großen und extrem gewaltbereiten Nazi-Szene gelang es Antifaschist*Innen dort in den letzten Jahren häufiger, große Aufmärsche dieser Szene zu stoppen. Auch im Alltag wird den Nazis seit dem mehr entgegen gesetzt.

Die Reaktion der Behörden war trotz Lippenbekenntnissen zur sog. "Zivilgesellschaft" eine andere. Flächendeckende Handy Überwachung bei Dresdener Antifa Protesten im Februar 2011 gehörten dabei ebenso zum Repertoire wie auch amtsanmaßende Durchsuchungen des sächsischen LKAs in Thüringen oder die Konstruktion einer sog. "Kriminellen Vereinigung" mit überregionalen Ermittlungsmöglichkeiten nach §129 gegen verschiedene Menschen – das sind dabei nur die bisher bekanntesten Aktivitäten.

Auffällig bei den "Ermittlungen" nach §129 ist jedoch die völlige Beliebigkeit der Vorwürfe. Ging es 2011 in Dresden noch darum, direkte Aktionen gegen Nazis zu kriminalisieren, wurde dem LKA schnell klar, dass die oft beschworene "Zivilgesellschaft" hier nicht völlig tatenlos zusieht. 2012 wurden die Ermittlungen gegen den im Visier stehenden Personenkreis daher auf weitere mutmaßliche Aktivitäten ausgeweitet. In mehreren Durchsuchungen und Vorladungen wird Aktivist*innen nun vorgeworfen, 2009 an einem nie aufgeklärten Brandanschlag gegen Fahrzeuge der Bundeswehr beteiligt gewesen zu sein, mit dem Kriegsgegner*innen gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan protestierten.

Die Praxis der Beamten des LKA Sachsen geht dabei jedoch weit über das Versenden von Vorladungen hinaus. Unter Mithilfe anderer LKAs werden seit 2009 Observationen von Menschen in verschiedenen Bundesländern durchgeführt – so auch in Berlin. Hier wurde jemand aufgefordert, freiwillig eine DNA-Probe abzugeben, was er aber verweigerte. Manche Beschuldigte kommen ins Visier der Schnüffler, weil sie die selben Veranstaltungen besuchen, in den gleichen Hausprojekten übernachten oder einen sich überschneidenden Freundeskreis haben. Andere, weil sie sich trotz der meist offenen Einschüchterung durch Überwachung nicht von denjenigen distanzieren, die bisher beschuldigt sind.

So wurde seit 2009 das linke Dresdener Wohnprojekt „Praxis“ vom LKA observiert und war gleichzeitig massiven Angriffen von Nazis aus der Region ausgesetzt: ein lebensbedrohlicher Brandanschlag 2010, ein abgewehrter Nazi-Überfall im selben Jahr und ein weiterer am 19. Februar 2011, als 250 Nazis unter wohlwollender Polizeibe-

gleitung mit der Erstürmung des Hauses scheiterten. Ab diesem Tag wurden die §129 Ermittlungen des LKA Sachsen öffentlich, da es zu verschiedenen Hausdurchsuchungen in Sachsen und darauf folgend auch in anderen Bundesländern kam. Aus "Rücksicht" auf den Nazi-Angriff gegen das Wohnprojekt „Praxis“ wartete das LKA hier noch eine Weile mit der Hausdurchsuchung.

Jüngstes Beispiel ist eine Festnahme in Dresden, bei der dem Beschuldigten vorgeworfen wird, einen Beamten angegriffen zu haben, der eine Party beenden wollte. Erstaunlich an diesem Vorwurf ist jedoch, dass der zum Beschuldigtenkreis Zugehörige bereits vor dem Polizeieinsatz im Dezember namentlich von den Beamten angesprochen wurde. Das Jobcenter schickte ihm eine Einladung, woraufhin er vor Ort vom LKA festgenommen wurde. Von da an saß er 3 Wochen in Untersuchungshaft und ist jetzt wieder auf freiem Fuß. Bei der im NSU-Skandal deutlich zutage getretenen Vermengung von Sicherheitsbehörden und Naziszene drängen sich vor diesem Hintergrund folgende Fragen auf:

- Warum ist das LKA Sachsen mit seinen offensichtlich austauschbaren Ermittlungsgrundlagen so stark daran interessiert, eine sog. "Kriminelle Vereinigung" von Antifaschist*innen zu konstruieren?
- Gebraucht das LKA Sachsen neue Beschuldigungen wie z.B. den unaufgeklärten Brandanschlag gegen Bundeswehrfahrzeuge als Vorwand, um seine "Ermittlungen" überhaupt noch weiter führen zu können?
- Warum sieht die Bundesinnenministerkonferenz trotz der NSU-Morde und ihrer staatlichen Beihilfe weiterhin im „Linksextremismus“ eine besondere Gefahr? Steht hinter den Ermittlungen der beteiligten Beamten des LKA Sachsen etwa politisches Kalkül?

Ob sich verschiedene Schlapphüte hier lediglich ihre Legitimation auf Kosten von Aktivist*innen sichern wollen oder ob hier aktiv staatliche Unterstützung für Nazis das Hauptinteresse ist, bleibt offen. Die Betroffenen dürfen damit nicht alleine gelassen werden. Linke Politik verteidigen! Verfassungsschutz und Landeskriminalämter auflösen!

Infos und Spenden

Infos aus Dresden: hundertneunundzwanzigev.blogspot.de

Solidaritätskonto bei der Roten Hilfe Berlin:

Rote Hilfe e.V.

Konto-Nr.: 4007 238 317

BLZ: 430 609 67, GLS-Bank

IBAN: DE55 4306 0967 4007 2383 17

BIC: GENODEM1GLS

Stichwort: SolikreisDD



Nachrichten in aller Kürze

Bundesweit: In zahlreichen Städten gab es spontane Demonstrationen, um die anarchistische Bewegung Griechenlands zu unterstützen. Zu den zahlreichen Angriffen siehe u. a. fau.org/artikel/art_130110-223255 und fau.org/artikel/art_130116-122942

Am 21.01.2013 fand ein selbstorganisierter Streik bei den MAN-Werken in München statt. Aufgerufen hat eine Gruppe von Arbeiter*innen, um die autonome Betriebszeitung "werkerinfo". Mehr Infos: werkerinfo.tk

Mitglieder des Allgemeinen Syndikates Köln beteiligten sich an einer Protestkundgebung in Köln-Chorweiler. Verhindert werden soll der Verkauf von über 1.100 Wohnungen.

Die AG-Köln nahm an der Silvesterdemonstration gegen Gefängnisse teil. Einen Bericht sowie den Redebeitrag der AG Köln findet ihr auf: agkoeln.blogspot.de

Stuttgart: Am 3. Januar hatte das Staatsballett von Belarus einen Auftritt in der Stuttgarter Liederhalle. Etwa ein Dutzend Menschen aus dem Stuttgarter libertären Spektrum nutzten diese Möglichkeit, die Besucher*innen auf die Situation der politischen Gefangenen in Belarus hinzuweisen. Es wurden Flugblätter verteilt und ein Transparent direkt vor dem Eingang gezeigt. Die Reaktionen waren teilweise interessiert und zustimmend.

Knastspaziergang in Schwäbisch Hall! Solidarität mit Metin Aydin! Am Freitag, dem 04. Januar 2013, begrüßten einige Aktivist*innen die Gefangenen in der JVA Schwäbisch Hall mit Feuerwerk und Parolen. Insbesondere galt der Gruß Metin Aydin und Deniz K., der für kurze Zeit aus Nürnberg nach Schwäbisch Hall verlegt worden war.

Am 30.12.2012 fand in Freiburg ein Knast-Spaziergang statt, an dem sich etwa 30 Menschen beteiligten. Mit lauten Parolen, einem Grußwort und viel Feuerwerk wurden die Gefangenen begrüßt und sich für eine Gesellschaft ohne Knäste ausgesprochen. Zusätzlich wurde das Eingangstor mit pinker Farbe verschönert. Der unangemeldete und nicht-öffentlich beworbene Knast-Spaziergang fand schon einen Tag vor Silvester statt, um zu erwartender Repression an Silvester aus dem Weg zu gehen

Nach dem skandalösen Urteil von 22 Monaten Haft gegen einen Berliner Antifaschisten kam es in Dresden am 18. Januar nach nur 24 Stunden Mobilisierungszeit zu einer sehr kraftvollen Protestdemonstration mit über 500 Teilnehmenden. Der Aktivist wird beschuldigt, zur Durchbrechung einer 14 Personen starken Polizeikette aufgerufen zu haben.

Am 06.01.2013 hat sich in Dortmund die "Anarchistische Gruppe Dortmund" gegründet. Kurz darauf, am 12.01.2013, kam es in Witten zur Gründung der "Anarchistischen Gruppe Östliches Ruhrgebiet (AGÖR)". Beide Gruppen gehen aus den Strukturen der Initiative zur Gründung einer Anarchistischen Föderation Rhein/Ruhr hervor. Weitere Bestrebungen für neue Gruppen gibt es aktuell in Düsseldorf und Wuppertal.

Ende Dezember demonstrierten, nach nur zweitägiger Mobilisierung und bei unschönem Wetter, ca. 90 Menschen für den Erhalt des selbstverwalteten Jugendzentrums in Siegburg. Unter anderem die ASJ Bonn wird die Entwicklung weiter verfolgen und auf ihrem Blog darüber berichten: asjbonn.blogspot.de



Wenn wir uns an sie erinnern

Geschichte ist unser kollektives Gedächtnis

★ w.m.

Über den Spanischen Bürgerkrieg, vielleicht auch über Kronstadt haben die meisten Menschen einmal etwas gelesen, die sich einige Zeit mit anarchistischer Theorie beschäftigen. Weit seltener wissen Aktivist*innen über die lokale Geschichte ihres Lebensraums Bescheid. Ich traf mich mit Margarete vom Dresdner IK Dokumentation, Teil des FdA IFA, und sprach mit ihr über den Stellenwert lokaler Geschichtsaufarbeitung, konkrete Projekte und den Stellenwert für die Tagespolitik.

Margarete beschäftigt sich seit einigen Jahren mit dem antifaschistischen Widerstand in Dresden/Ostsachsen und den anarchistischen Organisationen der Weimarer Republik, mit einigen wenigen anderen Menschen arbeitet sie an einem Datenbankprojekt zum Thema, organisiert gelegentlich geschichtliche Wanderungen und Rundgänge und steht beratend bei der Ausarbeitung von Texten und Aufrufen zur Seite. Teile des IK Dokumentation arbeiten an dem Projekt Gedenkplaetze.info mit – einer deutschsprachigen Datenbank antifaschistischer Gedenkorte in Europa. In ein bis zwei Jahren ist zudem eine ausführliche Publikation zur anarchistischen Bewegung Dresdens in der Weimarer Republik geplant.

Unterschiede in Ost und West

Die Ausgangslage für antifaschistische und anarchistische Geschichtsbetrachtung ist in Ost- und Westdeutschland äußerst unterschiedlich. In Westdeutschland ging eine wirkliche Betrachtung der Widerstandsbewegung und der Rolle der nationalsozialistischen Gesellschaft weitgehend mit einem erstarkenden Antibolschewismus und einer Leugnung kollektiver Verantwortung einher. Zum Vorzeige-Widerstand wurden v. a. Militärs wie der Kreis um das Stauffenberg-Attentat, also Konservative und Antidemokrat*innen in privilegierten Positionen und mit eher oppositionellem denn widerständischem Ansinnen. Widerstand in der Bevölkerung wurde meist nur breit rezipiert, wenn er a) gewaltfrei, b) bürgerlich und c) christlich war. Damit wurde sowohl der Diffamierung linksradikaler Anschauungen der Weg frei gehalten als auch die Argumentation, Widerstand sei eben unmöglich gewesen, nicht durch anders lautende Fallbeispiele unnötig getrübt.

Trotzdem bot die BRD nach ihrer Konstituierung und zum Teil auch schon vorher ausreichend Freiräume, eine alternative Geschichtsschreibung zu beginnen. Mit der Föderation freiheitlicher Sozialisten entstand ab 1947 sogar eine Nachfolgeorganisation der FAUD und FKAD, der beiden größten anarchistischen Organisationen der Weimarer Republik. Diese Reorganisation, wenn auch politisch wenig erfolgreich und von kurzer Dauer, bildete wichtige Grundlagen für



Beispiel für antifaschistisches Gedenken in Ostdeutschland – Die Rudolf-Renner-Straße in Dresden

spätere, auch lokale Geschichtsbetrachtungen wie Helge Döhrings „Syndikalismus im 'Ländle'“ oder Dieter Nelles „Es lebt noch eine Flamme“. Eine öffentlich wahrnehmbare Präsenz in Stadtbildern oder Alltagskultur erreichte das Gedenken an radikale Antifaschist*innen in Westdeutschland jedoch nicht.

In Ostdeutschland wurde der antifaschistische Widerstand von KPD- und SPD-Mitgliedern quasi zum staatstragenden Gründungsmythos der DDR. Noch in den 1940ern wurden lokale Komitees gegründet, um Widerstandsaktionen, Akteur*innen und Schauplätze zu katalogisieren. Danach wurden unzählige Ehrenmale und Gedenkplatten installiert, Straßen nach den Antifaschist*innen benannt und Exkursionen für Schulklassen etabliert.

Dies alles hatte nicht nur ein würdiges Gedenken zum Ziel. Es sollte vermittelt werden, dass auch während des Krieges ein großer Teil der Bevölkerung nicht von den sozialistischen Ansichten abgelassen hatte und die zwölf Jahre Nationalsozialismus vor allem die Terrorherrschaft einer Minderheit waren. Damit sollte zum einen eine Legitimation für den von außen gebrachten Übergang zum Realsozialismus geschaffen werden. Zum anderen diente diese Geschichtsauffassung zur Erklärung des politischen Widerspruchs, dass eine faschistische Gesellschaft in so kurzer Zeit zu einer antifaschistisch-sozialistischen geworden sein sollte.

Die Untersuchung der Weimarer Republik und des antifaschistischen Widerstands war damit in der DDR zuvorderst immer eine staatspolitische und erst mit weitem Abstand danach der Geschichtswissenschaft verpflichtet. Von den Anarchist*innen, die nach dem Ende des



Syndikalistisch-Anarchistische Jugend Dresden, Sommer 1924, Herbert Wehner 2.v.r.

Krieges in der sowjetischen Besatzungszone politisch aktiv blieben, wurden drei verschiedene Wege eingeschlagen: Die, die sich weiterhin offen zum Anarchismus bekannten, blieben z. T. gleich in den weitergeführten Internierungslagern des Nationalsozialismus oder wurden binnen weniger Jahre ermordet bzw. eingesperrt (vgl. Biografie Wilhelm Jelinek). Andere blieben informell vernetzt und versuchten SPD und KPD, später SED zu unterwandern und wieder die Grundlagen für öffentliche anarchistische Arbeit zu schaffen. Der letzte Teil arrangierte sich mit dem System und gab die libertären Ideen auf.

Trotzkistischer, rätekommunistischer und anarchistischer Widerstand wurde in der DDR komplett verschwiegen, die Taten von KPD- und SPDler*innen wurden oft überhöht und Lebensläufe frisiert. Spätestens ab Mitte der 1950er wurde in keiner offiziellen Publikation mehr über alternative sozialistische Konzepte wie den Anarchismus berichtet, die Erinnerung an die politischen Traditionen wurde komplett getilgt. Überlebende wie die FAUDler Herbert Hilse und Oskar Kohl hatten über 40 Jahre keinerlei Möglichkeit, ihre Geschichten zu rekonstruieren oder gar zu veröffentlichen. So kommt es, dass es in Ostdeutschland zwar einen immensen Fundus an Informationen zum Widerstand von SPD und KPD gibt, mensch diesem jedoch nicht trauen kann und auf der anderen Seite über die Existenz emanzipatorischer Gruppen und Vereinigungen meist nicht einmal das mindeste weiß. Ortsgruppen des VVN BdA spielen dabei z. T. bis heute eine üble Rolle, wenn sie sich weigern, Publikationen über Widerstandsgruppen anzuerkennen, da diese auch in der DDR nicht anerkannt wurden.

„Oft gibt es gar kein Bewusstsein“

„Es gibt viele Punkte, die an Geschichtsbetrachtung und Rekonstruktion für die heutige politische Arbeit interessant sind“, sagt Margarete zum Beginn unseres Gesprächs. „Ganz platt gesprochen war für mich eingangs die Geschichte etwas, was die Entfremdung von meiner Stadt ein wenig auflöste. Es wird gern suggeriert, dass Anarchismus eine moderne Jugendbewegung sei und so wird mensch dann ja auch oft von Passant*innen und Medien betrachtet, wenn mensch z. B. Aktionen in der Stadt organisiert. Für mich war es irgendwie ein stärkender Moment, als ich das erste Mal las, dass vor dem Gewerkschaftshaus um die Ecke vor 70 Jahren schon mehrere tausend Menschen unter anarchistischen Forderungen demonstrierten.“

Geschichte ist Teil der allgegenwärtigen Information und Konnotation, z. B. von Sprache und Orten. Sie ist Teil der Kultur. Wenn wir mit unseren Ideen und unserer Bewegung an dem Ort, in dem wir leben, keine Geschichte zu haben glauben, dann entfremdet uns das von unserer Umwelt. Wir müssen den Eindruck gewinnen, ein gewichtiger Teil unseres Lebens und unserer Vorstellung hat nichts mit dem Lebensraum zu tun, in dem wir uns befinden, nichts mit den Menschen, denen wir täglich auf der Straße begegnen. Wir begreifen in diesem Fall die anarchistische Geschichte nicht als Teil der örtlichen Geschichte und damit folgerichtig anarchistische Kultur nicht als Aspekt, sondern als Differenz zur lokalen Kultur. Wir fühlen uns damit nicht als spezieller Teil der Gesamtkultur, sondern als Sub- oder

Gegenkultur, ziehen damit eine Grenze zwischen uns und den anderen, verlieren Offenheit, gehen in die Nische und verlieren den Blick auf unsere eigentliche Verstrickung mit der Restgesellschaft.

Wahr ist jedoch, in jeder größeren Stadt Deutschlands waren bis und während des Nationalsozialismus Anarchist*innen aktiv und nahmen Einfluss / standen in Wechselwirkung mit Kommunist*innen, Sozialdemokrat*innen und Arbeiter*innen. „Nur weil Anarchist*innen heute nicht mehr in den Geschichtsbüchern erwähnt werden, heißt das nicht, dass unser Anteil an der gesellschaftlichen Entwicklung getilgt werden konnte.“

Beispiele hierfür bietet z. B. Hartmut Rübner in seinem sehr gelungenem Buch „Freiheit und Brot“, in dem er die anarchosyndikalistische Bewegung der Weimarer Republik äußerst umfassend darstellt und ihren Einfluss auf allgem-



Die Zeitung „Der Arbeitslose“ war offizielles Organ der FAUD in Dresden, hier die illegale Ausgabe vom Mai 1934



ne gesellschaftliche Entwicklungen aufzeigt. Ob die Legalisierung von Verhütung und Abtreibung, die Religionsfreiheit in der Schule, Diskurse um Feminismus und Reproduktionsarbeit, die Legalisierung der Feuerbestattung, Pädagogik, Kommunenwesen, Genossenschaften, Verbrauchergemeinschaften u. v. a. – überall wirkten Anarchist*innen an Diskursen mit, die die Gesellschaft nachhaltig emanzipieren sollten.

„Oft gibt es unter den Anarchist*innen selbst gar kein Bewusstsein, in welcher Weise ihre Vorgänger*innen überhaupt auf die heutige Gesellschaft wirkten und in welchem Maße sie präsent waren.“ Dabei ist Geschichtswissen für Margarete allerdings nicht nur ein spannendes Hobby, sondern auch existenziell für die heutige politische Arbeit: „Das Maß an Erfahrungen, die ein Mensch oder eine Gruppe selbst machen kann, ist nun mal begrenzt. Gerade wenn es um härtere Konflikte mit Wirtschaft oder Staat geht, werden wir als Menschen vor Situationen gestellt, die für uns völlig neu sind, in denen wir jedoch die Taktik unseres Gegners erraten müssen, wollen wir einen Schritt voraus sein. Überall, wo sich Macht konzentriert, werden Think-Tanks und z. T. riesige Institutionen gebildet, um Widerstand durch Desinformation, Spaltung, gezielte Repression, Unterwanderung und Vereinnahmung zu brechen. Als Anarchist*innen haben wir in solchen Konflikten den Nachteil, dass nicht nur Einzelne, sondern der überwiegende Teil der Bewegung in solchen Momenten die Bildung braucht, um gegnerische Manöver zu durchschauen und kollektiv darauf richtig zu reagieren. Wie George Santayana sagte: ‘Wer sich der Geschichte nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.’ Geschichte bildet dabei die Parabel, um uns diese Bildung zu vermitteln und kann als Alltagskultur quasi spielend an die Menschen herangetragen werden – ohne dass alle hunderte Bücher gelesen haben müssen.“

„Das kollektive Gedächtnis will gepflegt sein.“

In diesem Sinne spricht sich Margarete für Arbeitsteilung aus. Keine Gruppe und Einzelperson kann sich mit allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens intensiv beschäftigen. „Ich halte es für wichtig, dass es Zusammenhänge gibt, die sich einen Überblick über das gesammelte Wissen verschaffen, dieses aufarbeiten und zur Verfügung stellen.“

Im „Interessenkreis Dokumentation“ arbeitet sie mit anderen Menschen zusammen seit zwei Jahren an der Katalogisierung von Fakten rund um Orte, politische Auseinandersetzungen und Personen in und um Dresden. „Unsere Datenbank umfasst natürlich immer noch nur wenige Punkte, vieles müsste eingehender recherchiert oder nachgeforscht werden. Trotzdem können wir schon jetzt schnell Fakten, z. B. für politische Stadtrundgänge oder Gedenkveranstaltungen,

bereitstellen. Wenn wir die Fakten noch nicht aufbereitet haben, so wissen wir doch zumindest in den meisten Fällen, wo mensch mehr Informationen erhalten kann.“

Wesentlich stärker als bei solchen direkten Anfragen macht sich der kollektive Wissenszuwachs jedoch im Alltag bemerkbar, berichtet

Margarete. „Einer unserer Schwerpunkte ist z. B. der v. a. kommunistische Widerstand während des Nationalsozialismus in der Region. Dieser ist ja immer wieder Thema, wenn es um die konkrete Verantwortung der deutschen Zivilbevölkerung geht.“ Bei Touren der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen (ebenfalls im Forum deutschsprachiger Anarchist*innen) werden immer wieder konkrete Geschichten aus der damaligen Widerstandspraxis berichtet oder Kurzbiografien einzelner Aktivist*innen erklärt. Dadurch ist bei einem größeren Kreis aktiver Antifaschist*innen ein Hintergrundwissen entstanden, welches sie ihrerseits weiter vermitteln. „Im Idealfall würden also durch die Arbeit einzelner Gruppen und Personen die lokalen geschichtlichen Zusammenhänge wieder in das kollektive Bewusstsein der gesamten örtlichen Polit-Bewegung eingehen. Dabei können feste Jahrestage, wie wir sie z. B. vom 1. und 8. Mai oder dem 9. November kennen, sehr hilfreich sein. Das

kollektive Gedächtnis will gepflegt sein – jährlich.“

Viel zu tun

Für das Gedenken an antifaschistischen Widerstand und den Terror des Nationalsozialismus gibt es bereits seit einigen Jahren eine europaweite, deutschsprachige Datenbank, die durch eigene Beiträge bereichert werden kann. Auf gedenkplaetze.info finden sich Gedenkstätten und ein Verzeichnis von Schauplätzen im Nationalsozialismus – nach Regionen geordnet.

Wie es weiter geht? „Wenn ich wollte, könnte ich meine ganze Energie darauf verwenden und hätte wohl an dem Thema immer noch bis zu meinem Lebensende zu tun. Noch ließen sich aber mit relativ geringem Aufwand große Forschungsergebnisse erzielen. In Dresden wurden im Laufe der Weimarer Republik verschiedenste Zeitungen herausgegeben, z. B. „Die schaffende Frau“, „Der Arbeitslose“, „Der Fortschrittspionier“, „Flammenzeichen“ und „Junge Anarchisten“. Dazu kommen bundesweite Organe wie „Der freie Arbeiter“ oder „Der Syndikalist“. Diese Zeitungen sind zwar in Archiven vorhanden, bis jetzt aber höchstens ausgabenweise digitalisiert. Mit digitalisierten Ausgaben ließen sich systematisch die Daten von Ortsgruppen, Mitgliedern und Adressen erfassen und verwerten. Auch theoretische Konfliktlinien könnte mensch damit auswerten. Das ist aber – leider – für uns Zukunftsmusik, die Zeit ist bei uns einfach nicht vorhanden. Wir beabsichtigen jedoch in ein bis zwei Jahren



Das Organ der SAJD „Junge Anarchisten“ wurde in Dresden gegründet

den Zwischenstand unserer Recherchen zu bündeln und zu veröffentlichen. Auch mit dem Ziel, neue Mitstreiter*innen zu finden.“

Sowohl Gedenkplaetze.info als auch der IK Dokumentation freuen sich über hilfreiche Tipps und Mitarbeit, geben aber auch gerne selbst Know-how zur selbstorganisierten Geschichtsforschung weiter. „Wir machen weiter, auch wenn es zu einer emanzipatorischen Erinnerungskultur wie z. B. in verschiedenen Dörfern Norditaliens noch ein sehr weiter Weg ist“, sagt Margarete zum Abschluss unseres Gesprächs.



Gedenken an KZ-Opfer im kleinen Dorf Lohmen im Rahmen eines Wanderseminars zu den Roten Bergsteigern, Quelle: AKuBiZ e.V.

Weitere Informationen

IK Dokumentation (FdA-IFA)

Homepage: www.libertaeres-netzwerk.info/gruppen/-ik-dokumentation

E-Mail: akfreizeit@riseup.net

Gedenkplaetze.info

Homepage: www.gedenkplaetze.info

Kontakt: kontakt@gedenkplaetze.info

Meine Reise zu Durruti

Einmal Barcelona und zurück

★ Tom S. Jaeger

Es ergab sich diesen Sommer, dass ich doch noch überraschenderweise die Möglichkeit bekam, in den Urlaub zu fahren. Ich entschied mich nach längerem Herumgegrübel für eine Woche Barcelona und Umland. Vorher schlenderte ich noch einmal an meinem Bücherregal entlang. Ich war der Meinung, ein paar Bücher über den Bürgerkrieg und die Soziale Revolution dort stehen zu haben. Ich fand „Nacht über Spanien“ von Augustin Souchy und „Die soziale Revolution in Spanien – Kollektivierung der Industrie und Landwirtschaft in Spanien 1936-1939. Dokumente und Selbstdarstellung der Arbeiter und Bauern“ von Erich Gerlach und – unvermeidlich – Augustin Souchy. „Mein Katalonien“ von Orwell packte ich auch in die Tasche und dann zockelte ich los zum Flughafen.

Stunden später landete ich in Barcelona. Prompt machten sich die bekannten Sprachschwierigkeiten wieder bemerkbar. Ich spreche fließend English, was einem in Katalonien allerdings nur bedingt weiterhilft, wie ich merken sollte. Da ich es vorgezogen habe, die

Schule frühzeitig zu verlassen, habe ich nicht einmal ein paar Brocken Schulsprachspanisch zu bieten. Dem Taxifahrer machte ich durch mehr oder weniger verständliche Handzeichen klar, wo er denn mein Hotel finden könne.

Aus Barcelona habe ich viele Geschichten zu erzählen, aber ich möchte speziell die eine mit euch teilen, die beschreibt, wie ich versuchte das Grab des großen Kämpfers Durruti zu finden. Wie ich beinahe dem Wahnsinn und dem Verdursten anheimgefallen wäre. Wie ich die CGT besuchte und letzten Endes doch noch fündig wurde.

Ich hatte mir in den Kopf gesetzt, den Gräbern von Francesc Ferrer i Guàrdia, Francisco Ascaso und Buenaventura Durruti einen Besuch abzustatten. Aus Liebe für den Teil, den sie zu unserer Kultur beigetragen haben. Allerdings habe ich schnell gemerkt, dass Jahrzehnte des Faschismus in einem Land selbst die kleinsten Erinnerungstücke schleifen können, die noch geblieben sind nach all der Zeit. Ich besuchte die Festungen, wo im Bürgerkrieg die Internationalen Brigaden ihre Siege und Niederlagen bestritten. (Denn ich stimme mit A. Souchy in dem Punkt nicht überein, dass die Brigaden nur geschei-



terte, desillusionierte Rote waren, die sich in Spanien verzweifelt an den Gedanken der Revolution als Exportschlager klammerten, ich habe einiges gelesen von Kämpfer*innen der Internationalen Brigaden und ich sehe viel Romantik in ihrem Streben. Viel Mut, viel Herz und Liebe für die gerechte Sache. Es waren natürlich auch unbelehrbare Parteischergen dabei, aber ich finde es sehr einseitig, den / die Genoss*in nach der Fahne zu beurteilen, unter der er / sie geht.) Ich habe gesehen, dass manchmal nur eine kleine, halb abgebröckelte Kachel an die Opfer des Bürgerkrieges und der Revolution erinnert, wogegen der Legion Condor etc. ganze Führungen gewidmet werden. Oft schlenderte ich mit einem sehr zornigen und enttäuschten Bauchgefühl wieder zu meinem Hotel.

Auf dem Montjuïc, dem großen Berg in Barcelona, steht noch immer das Castell de Montjuïc, eine große Festungsanlage, in der zu Zeiten der Revolution viele Anarchist*innen ihr Ende fanden. An den Mauern, wo die Erschießungen stattfanden, wird heutzutage Bogenschießen trainiert – und das ist, so ironisch es auch klingen mag, leider kein Witz. Eine Gedenktafel gibt es, aber in den Gräben wird Schießsport trainiert – es gibt ein Café im Strandlook in der Mitte des Festungshofes, wo aus einem Ghettablaster gut gelaunte Popmusik erklingt und sich Scharen von Tourist*innen mit Cola und Eis eindecken. Aber auch daraus kann man einiges lernen. Ich habe damals zu mir selbst gesagt: „In Bergen-Belsen würde dir keiner einen Kiosk aufbauen.“

So sehr mensch das hier (zu Recht) auch bemängelt – so haben wir unsere Vergangenheit wenigstens ansatzweise aufgearbeitet. Ich wusste aus einer kleinen Recherche vor der Abfahrt im Internet, dass das Grab auf dem Cementiri del Sud-oest sein soll, dem großen Friedhof von Barcelona. Ebenfalls habe ich im Internet gelesen, dass man von der Festung auf dem Montjuïc „nur einen Steinwurf“ vom Grab entfernt sei. Also suchte ich und suchte und immer wieder verfluchte ich meine Leichtgläubigkeit und mehr noch diesen hundsgemeinen Kerl, der mich mit seinen Worten in diese aussichtslose Situation gebracht hatte. Es gab keine Ausschilderung zum Friedhof oder dergleichen. Nur eine riesige, von der Sonne total verbrannte Parkanlage. Ich hatte Durst. Die Kleider klebten mir am Leib und die Frustration des Suchens machte mir langsam, aber sicher ernsthaft zu schaffen. Als ich mich gerade entschlossen hatte, vor dieser unmenschlichen Hitze zu resignieren, erblickte ich am Fuß eines Hügels eine Mauer.

Hinter selbiger konnte ich den Friedhof sehen. Ein Meer aus Statuen und Grabsteinen, scheinbar wahllos angeordnet. Die Mauer war gerade so hoch, dass man nicht einfach drüber klettern konnte. Aber dahinter war er – der Friedhof. In greifbarer Nähe, aber doch unerreichbar. Ich ließ ab von dem Plan ... und schleppte mich wie ein geprügelter Hund zurück zum Auto. Für den Moment gab ich auf. Ich wollte nur noch ins Hotel, wo es kühles, fließendes Wasser gab und ein Bett, das ich beinahe nach mir rufen hörte. Die Information, dass man von der Festung zum Grab gelangen kann – mensch könnte sie als versuchte Körperverletzung auslegen. Es gab am Fuß des Berges eine Einfahrt, wie ich später merken sollte, aber das Problem, auf den

Friedhof zu gelangen, war nicht das eigentliche ... Zielloses Herumsuchen auf diesem Monster von einem Friedhof war hoffnungslos.

Im Hotel überlegte ich mir, dass es wohl das Einfachste sein wird, hier lokal herumzufragen. Am besten im Gewerkschaftshaus der CGT, das hatte ich schon gesehen. Aber zu dem Zeitpunkt war es wie (fast) alles andere in Barcelona geschlossen. Siesta. Barcelona ist eigentlich tot vor 20 Uhr. Da denkt mensch, in einer Geisterstadt zu sein. Nur ganz, ganz wenig Verkehr, Passant*innen etc. Dafür tobt das Leben bis um 3-4 Uhr am Morgen. Wenn mensch sich an diesen Rhythmus gewöhnt hat, ist er tatsächlich recht angenehm – zudem gerät mensch nicht in die Gefahr, in der Mittagshitze auf der Suche nach einem Friedhof geröstet zu werden ...

Also beschloss ich, am nächsten Tag der CGT noch einen Besuch abzustatten. Gesagt, getan. Am nächsten Tag stand ich vor dem imposanten Gebäude, bewaffnet mit einem Sprachführer und einem Stadtplan. Der Mann am Empfang sprach kein Englisch. So langsam wunderte es mich auch schon gar nicht mehr. Also führte ich einen seltsamen Tanz auf, in dessen Verlauf ich immer wieder im Sprachführer blätterte: „cemitiri... äh.. tomba.. durrutí?“ Irgendwann verstand der freundliche Genosse mittleren Alters, was

ich denn von ihm wollte. Er wusste es allerdings selber nicht so genau. Also begann er selber eine Recherche. Internet, Bücher, alles was er greifen konnte. Ich fühlte mich gut beraten, lehnte mich entspannt an den Tresen und schaute mich um. Ich wusste jetzt schon, dass ich hier gerne länger geblieben wäre. Der Bau befand sich an einer



Monument für die soziale Revolution während des Spanischen Bürgerkrieges

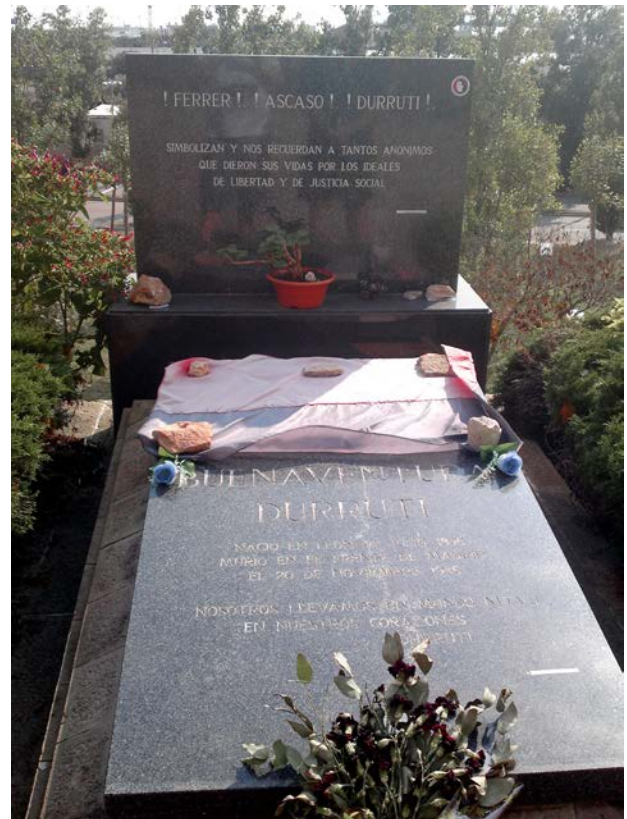


der größten Verkehrsstraßen Barcelonas, in einer Superlage, nahe am Stadtzentrum und der Plaça de Catalunya. Es war ein schönes, großes Haus. In Häusern wie diesem findet man in Hamburg oder Berlin üblicherweise Großbanken oder Reedereien. Ein wirklich schönes Haus. Die Front mit Plakaten („NO PASARAN!“ – dafür reichte mein Spanisch dann doch aus) verklebt, aber dennoch sehr einladend. Und was mich am meisten beeindruckte: der Zulauf. Ich stand ca. 30 Minuten da rum und an mir gingen 25 Leute vorbei. Rein und raus. Unterschiedlichste Klientel. Viele unscheinbare Personen. Ein paar Jugendliche. Eine freundlich lächelnde rundliche Dame. Keine schwarz gekleideten, mit Buttons verzierte Gestalten. Da ging die „breite Masse“ zur Tür rein und wieder raus.

Ich erfuhr später, dass die CGT eine der größten Gewerkschaften Spaniens ist und in Barcelona so gut wie die komplette Metro der CGT angehört. Ich war begeistert, konnte aber meiner Begeisterung keinerlei Ausdruck verleihen. Der Mann am Empfang schrieb mir etwas auf einen Zettel, was wohl eine Straße auf dem Friedhof und eine Grabnummer zu sein schien. Ich dankte ihm und verließ das Gewerkschaftshaus.

Ich pilgerte zum Auto. Betrachtete dort angekommen die Flugblätter, die ich mir mitgenommen hatte. Schön gemacht, wirklich schön gemacht. Ich verstand kein Wort. Ich fuhr rauchend und mit der Gewissheit, dass ich das Grab finden würde, in Richtung Friedhof. Diesmal würde ich den Haupteingang nehmen. Dort war der Friedhof. Da war das Tor und reinfahren konnte man auch. Perfekt. Mir graute es schon bei dem Gedanken, den Friedhof zu Fuß erkunden zu müssen. Mensch muss dazu wissen, dass der Friedhof am Hang des Montjuïc gebaut wurde. Auf der Krone ist die Festung und am Hang auf der einen Seite der Friedhof, auf der anderen Seite das ehemalige Olympische Dorf. Und somit ist der Friedhof bergauf angelegt. Und er ist ein verdammtes Labyrinth.

Ich suchte die „Agrupación 15“ ... hier war 1... dann kam 5 ... dann wieder 1. 2. 12... Was? Ich gurkte an trauernden Menschen vorbei und suchte verzweifelt eine Logik in den sich scheinbar sinnlos wiederholenden Zahlen zu finden. Vergebens. Als ich oben angekommen war und ich zwar die Agrupación 14 gefunden hatte, aber 15 irgendwie nicht vorhanden war, sackte ich hoffnungslos am Steuer zusammen. Ich fuhr wieder runter. Was blieb mir anderes übrig. Irgendwas musste ich übersehen haben. Als ich um eine Kurve bog, sah ich auf einmal viele Katzen vor mir auf der Straße. Zwanzig oder dreißig ihrer Art. Schwarze, gescheckte, braune, alle dreckig und mit verfilztem Fell. „Hier versteckt ihr euch!“, rief ich laut aus. Ich hatte mich schon gewundert, in ganz Barcelona keine einzige Katze gesehen zu haben. Meiner Erfahrung nach findet mensch gerade in den südlichen Ländern mehr streunende Katzen als Straßenschilder. Ein netter Genosse, den ich vorher kennen gelernt hatte, erzählte mir, dass streunende Tiere hier meist sofort getötet werden. Und deshalb gebe es kaum welche. Ich fand die Ironie bemerkenswert. Und so sagte ich zu den erbarmungswürdigen Geschöpfen vor mir: „Auf dem Friedhof vor dem Tod verstecken – ihr habt’s wirklich verstanden, wa?“ Da bemerkte ich eine etwas zerlumpt aussehende Frau, die aus ihrem Auto heraus die Katzen fütterte. Ich zögerte nicht



Grab von Buenaventura Durruti auf dem Friedhof Cementiri de Montjuïc, Barcelona

lange, stieg aus und fragte auf Englisch drauf los. Und, preiset das große Spaghettimonster, sie verstand alles und sprach ein wundervolles, entzückendes, fehlerloses Englisch. Sie schenkte mir noch eine nach Katzenfutter riechende Karte des Friedhofs. Ich verabschiedete mich mit großen Gesten von ihr. Und was musste ich auf der Karte sehen? Die Agrupación 15 befindet sich nicht, wie mensch erwarten würde, am Ende des Friedhofs, sondern am Anfang.

Direkt neben dem Haupteingang führt ein kleiner Weg zur 15, wo auch der Garten der Erinnerung für die Opfer Francos steht. Ich stellte das Auto ab und ging den Weg hinein. Gräber, na ja, was hatte ich erwartet. Es waren so viele. Und in einer so unlogischen Form aufgebaut, dass mir alsbald die Augen tränten vom Entziffern der Namen auf den z. T. verwitterten Steinen. Irgendwann schaute ich zum Himmel und sah dort in der Reihe Gräber über mir, dass auf der Rückseite von einem der Steine ein A im Kreis geritzt war. Ich stieg eine Treppe hoch und da waren sie: Drei schöne Gräber aus schwarzem Stein. Geschmückt mit einer schwarzroten Fahne und einigen Blumen. Ein sehr gut gepflegtes Grab mit einem Blick direkt auf den Hafen und das Meer. Ein schöner Ort. Ich hielt einen Moment inne und gedachte der hier Liegenden.

Ich friemelte mir meinen schwarzen Stern, den ich seit Jahren mit mir herumtrug, von der Jacke und legte ihn auf den kühlen Stein. Klack.

Ich blieb noch eine Weile. Dachte nach über die Vergangenheit. Über die Zukunft. Und über den Kampf.



Gedichte

vater ging früh morgens weg
mutter ging früh morgens weg
großmutter machte das
mittagessen
manchmal holte sie das essen
auch in der kantine
damals stellte ich noch
keine fragen
ich dachte alle würden so
leben wie wir

Hans Marchetto (aus SC #21)

Ich will brennen für meine Überzeugungen, bis ich fast vergehe.
Und dann im nächtlichen Rausch meine Asche verstreuen,
auf glitzernden Straßen, im bunten Taumel der Stadt.

Ich will so oft von meinen Träumen reden, bis ich nicht nur dich -
sondern auch mich angesteckt habe. Völlig vergessend die Furcht,
die mir die Welt da draußen macht.

Ich will mein Herz nicht vergessen, in dem kalte Wut - zu heißem
Zorn wird.

Das maßlos tobt, wenn es die Taten der Menschen sieht und bei
allem Hass, doch nicht verlernt zu lieben.

Ich will Beton begrünen, durch Luftschlösser toben und Ideen
atmen.

Will nur noch Handeln sein, dass Hoffnung gebiert. Und all das -
Noch vor der Dämmerung.

Perrin Aybara

DER SYNDIKATER

von Tom S. Jaeger



Anarchismus, Marxismus, Emanzipation.

Gespräche über die Geschichte und Gegenwart der sozialistischen Bewegungen - Eine Rezension

★ ndejra

Erneut serviert uns Phillippe Kellermann ein spannendes Buch. Wie mensch es inzwischen von ihm kennt, verfolgt er auch hier sein Programm: das Erforschen der widersprüchlichen und gar nicht so glorreichen Geschichte des Sozialismus, um überhaupt dessen Gegenwart zu verstehen, geschweige denn irgendwas über seine Zukunft aussagen zu können. Ja, stellt euch vor, ihr eventorientierte „Machmenschen“ und schwarz gekleidete Hippies, so verhält es sich nämlich (Der Herausgeber muss es ja wissen, gehört er doch zu einer richtig seltenen Spezies! – siehe Fußnote 24, S. 67). Angesichts des kolossalen Scheiterns aller emanzipatorischen sowohl marxistisch als auch anarchistisch inspirierten Groß- und Kleinprojekte im 20. Jahrhundert gerät jedeR, der/die heute von Freiheit und Selbstverwaltung redet, in eine ziemliche Erklärungsnot. Nicht nur vor den zu Ich-AGs degradierten Mitmenschen, sondern zuallererst vor sich selbst. Dieses Kellermann-Büchlein leistet einen Beitrag dazu – hm, wozu denn eigentlich? Eher zum Fragen und Immer-wieder-Nachfragen als zum Beantworten von Fragen und das ist gut so. Vorausgesetzt mensch bringt genug Kraft und Geduld auf, um Gelehrtenkonversationen zu horchen und sich durch unzählige Fußnoten durchzubeißen.

Im Unterschied zum Sammelband „Die Begegnungen feindlicher Brüder“ (Unrast, 2011) besteht das Büchlein aus Gesprächen mit verschiedenen Autor*innen, die sich mehr oder weniger explizit als marxistisch verstehen. An jedeN hängt sich Kellermann mit der Frage „Und was ist mit dem Anarchismus?“ und dann ufern die kritisch-solidarisch gemeinten Streitgespräche aus, wobei die jeweiligen Schwerpunkte oder für die Autor*innen interessanten Themen zur Sprache kommen. Ans Land gespült werden unzählige Literaturverweise für jedeN, der/die weiter selbstständig den angesprochenen Sachverhalten nachgehen möchte.



So spricht Bini Adamczak vom Erbe der Oktoberrevolution, von der Revolution als einem Ensemble von Missverständnissen und wiederholt somit Landauers These, dass der revolutionäre Prozess jeder Theorie nur eins ist und bleiben wird: eine Black Box. Die Geschichte „der Linken“ (Differenzen zwischen unterschiedlichen Strömungen hin oder her, ein schwammiger und nicht wirklich was aussagender Begriff; jedeR weiß, was das ist, und niemand weiß es so genau) wird sich in ihrer Ganzheit nur am Ende der Geschichte offenbaren (offensichtlich sind wir noch nicht so weit), plädiert jedoch Adamczak für eine Dekonstruktion der historisch längst überholten Rollen „Marxismus“ und „Anarchismus“.

Jochen Gester betrachtet die „linke“ Geschichte wesentlich pragmatischer, stellt Fragen nach einer angemessenen Organisationsform der emanzipatorischen Bewegung, der es gelingen würde, der schädlichen Staatsgläubigkeit der „Linken“ zu entgehen. Die Frage nämlich, die sich der Anarchismus seit jeher gestellt hat – nicht, dass er sie auch überzeugend beantwortet hätte: Selbstorganisation und direkte Demokratie sind bekanntlich nicht besonders spaßige, sondern nervtötende und kraftraubende Unterfangen. Die von Gester angedeuteten Lösungen muten merkwürdig an: eine repräsentative Organisation, die ihren Mitgliedern die Last der Selbstorganisation wenigstens zum Teil abnimmt und das staatliche Terrain in Poulantzas' Sinne als ein vermeintlich neutrales „Kräfteparallelogramm“ versteht, nur um nach gescheiterten Kämpfen um Verrechtlichung den Massen den



Anzeige



18

[改道] Gai Dào
N°26 - Februar 2013

Unfug der Staatsgläubigkeit zu demonstrieren. (S. 61) Ist das eine poulantzische Einladung, nun auf eine anarchistische Weise den Weg der SPD, der Grünen, der Linken und der Piraten einzuschlagen? Oh... Gerhard Hanloser, „ein Libertärer mit Interesse an Marx“ (S. 91), erklärt den klassischen Anarchismus sowie den (Arbeiterbewegungs-) Marxismus zur Ideologie, die im 19. Jahrhundert gereift und seitdem verknöchert ist. Nun, was z. B. auf dem Gebiet der Theorie im russischsprachigen Anarchismus nach Oktoberrevolution und nach Kropotkin geschehen ist, das weiß leider auch in Russland kaum jemand, die von Marx beeinflussten emanzipatorischen Strömungen sind immer noch marginal, die Diagnose stimmt so weit. Die Bestimmungen des Kommunismus nach Marx (S. 91f.) wenden sich dann nicht nur gegen die romantischen Landkommune-Anarchist*innen, sondern auch gegen die so genannten Marxist*innen. Um das zu wissen, müsste mensch eben Marx kennen (lernen), statt in periodischen Abständen den neo-proudhonistischen Unfug zu bejubeln. Interessantes äußert er auch zum umstrittenen Buch „Gegen die Arbeit“ von Michael Seidman: Könnten sich die Herrschaften von syndikalismus.tk vorstellen, dass ausgerechnet ein „Marxist“ die Vorwürfe des Arbeitsfetischismus gegen die CNT zu entkräften versucht?

Der bekannte Politologe Joachim Hirsch attestiert der anarchistischen Staatskritik einen schweren Mangel an Aktualität. Was zwar nichts Neues sein dürfte: eine unpersönliche Herrschaft der Verwertungslogik lässt sich nicht einmal mehr als Herrschaft der bösen Banker*innen und Kapitalist*innen beschreiben. Hier wird das theoretische Erbe des Anarchismus ihm selbst zur Last. Ähnlich wie Gester formuliert Hirsch einen „radikalen Reformismus“, der evoluti-onär die Gesellschaft transformiert, was auch auf den Staatsapparat abfährt. Aber ohne den Wert kleiner freiheitlicher Veränderungen zu schmälern: wie lassen sich Staat und Kapital wegreformieren?

Beim Gespräch mit Hendrik Wallat erreicht die akademische Sprache in diesem Band ihren Höhepunkt. Ungenießbar wird es trotzdem nicht. Er spricht über die inneren Widersprüche des Wissens, über das unversöhnliche Verhältnis zwischen Praxis und Theorie, das Verweigern von Utopien und den Wert alternativer Lebensentwürfe, kritisiert wieder reichlich an der anarchistischen Staatskritik rum und leitet aus der Moralphilosophie Adornos die politische Philosophie der Emanzipation ab.

Auch wenn mensch sich beim Lesen über große Abschnitte vor- kommt, als würde mensch einem theoretischen Pimmelvergleich unter Gelehrten beiwohnen, hat mensch was davon. Nämlich Fragen über Fragen, denn klar und deutlich wird nur eins: nur weil mensch sich am Bart wahlweise Marx' oder Bakunins festklammert, ist mensch längst noch nicht auf der richtigen Seite.

Überraschend, inzwischen darf mensch sich auf den zweiten Band der „Begegnungen feindlicher Brüder“ freuen.

Das Buch

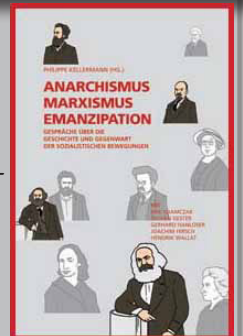
Philippe Kellermann (Hg.)

Anarchismus, Marxismus, Emanzipation.

Gespräche über die Geschichte und Gegenwart der sozialistischen Bewegungen

Die Buchmacherei, 2012, 10 Euro

INSB 978-3-00-037820-1



Graswurzelrevolution Nr. 376, Feb.: Zapatismus; Krieg in Mali; Mit Ernie und Bert für die Anarchie; Anarchismus?; Der Fall Oury Jalloh; Anti-Atom; Antimil; Antirassismus; Antifa; u.v.m. Abo: 30 Euro (10 Ex.). Probeheft kostenlos. Probeabo: 5 Euro (3 Ex.); verlängert sich ohne Kündigung zum Abo, Kündigung jederzeit möglich) bei: GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250; Fax: -35

Anarchosyndikalistische Zeitung



Direkte Aktion

Digital ist besser?

Printmedien in der Krise. Umstrukturierungen, Einsparungen, Rationalisierungen, Freiberuflichkeit, stressige Arbeitsbedingungen, mangelnde soziale Absicherung & unsichere Perspektiven: Der Umbruch in der Medienbranche aus gewerkschaftlicher Sicht.

Probeheft gratis!
www.direkteaktion.org



DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

Anzeige

Anzeige



Autorität, wo steckst du?

Eine feministische Erwiderung auf den Artikel "Staat, Patriarchat und Geschlecht – Zusammenhang am Beispiel des §218 StGB"

★ vielleicht

Vorwort der Redaktion: Der Artikel auf den sich im folgenden Text bezogen wird, erschien in der vorherigen Januar-Ausgabe. (Nr. 25)

Vorwort der Autorin: Tipp: Der Artikel, auf den hier geantwortet wird, sollte vorher gelesen werden. Es ist ja grundsätzlich begrüßenswert, Zusammenhänge zwischen Staat und Geschlecht bzw. Patriarchat zu beleuchten. Viele der getroffenen Aussagen teile ich allerdings nur teilweise oder auch gar nicht. In der nachfolgenden Kritik versuche ich den Gegenstand und nicht den*die Autor*in zu treffen und hoffe, dass das funktioniert. In den Lageeinschätzungen beziehe ich mich auf Westeuropa. In Bezug auf andere Weltregionen müssten die beschriebenen Tendenzen definitiv anders gewichtet werden.

Es ist heutzutage nicht besonders radikal, "antiautoritär" zu sein. Wo steckt die Autorität, gegen die mensch rebellieren könnte? Wir werden mal nachsehen.

Der Kapitalismus ist auf Innovation, Weiterentwicklung (und Krisen) angewiesen – mensch kann von einer permanenten Selbstrevolutionierung sprechen. Er ist einer der größten Förderer von Differenzen zwischen Menschen(gruppen), die dann wiederum marktförmig aufgelöst oder pseudo-versöhnt werden – zumindest am Markt sind alle gleich. Es ist Teil seiner aktuellen Selbsterneuerung, dass wir als freie Einzelne angerufen werden, wir sollen uns selbst verwirklichen, wir sollen anders sein, kreativ, freaky, flexibel, auch skeptisch bis rebellisch. Anpasstheit und bloße Befehlshörigkeit sind nicht mehr im Trend.

Arbeitsstrukturen tendieren aktuell eher zum Abbau von Hierarchien, weil zu offensichtliche Herrschaftsstrukturen der Arbeitseffizienz schaden. Unwohlsein wegen Diskriminierung (z. B. aufgrund geschlechtlicher Zuschreibungen) ist am Arbeitsplatz, im Team, auch eher dysfunktional.¹ Das heißt nicht, dass Herrschaftsstrukturen weniger wirkmächtig wären – nur, dass Herrschaft heutzutage anders funktioniert. Es gibt immer seltener den äußeren(!) Zwang, sich an Normen zu halten oder in Kategorien zu passen. Da steht keine*r mit erhobenem Zeigefinger vor mir, quält mich, zwingt mich und verbietet alles, was schön ist. Es gibt kein Verbot des Genusses, sondern den Zwang, zu genießen und durch Selbstoptimierung alle (wenn auch nicht vorhandenen) Möglichkeiten auszuschöpfen. Herrschaft incl. des erhobenen Zeigefingers wird von den Subjekten internalisiert (verinnerlicht) und selbst übernommen. Das Ganze fühlt sich dann teilweise nach "Möglichkeit", nach "Entscheidungsfreiheit" oder "Selbstbestimmung" an. (auch siehe 4.) Ich diskutiere an dieser Stelle nicht, welche Form von Herrschaft angenehmer ist.

Gesellschaftskritik sollte hinter diesen veränderten Bedingungen nicht zurückbleiben, sonst läuft sie Gefahr, mit Selbstbestimmungshype und dem Ideal flexibler (Geschlechts-)Identitäten sowieso schon zu beobachtende Erneuerungsbewegungen des Kapitalismus noch zu verstärken.

Der Text über Schwangerschaftsabbrüche und staatliche Eingriffe anhand des §218 ist leider nicht im Heute angekommen. Die Argumentation funktioniert sehr einfach: (Achtung, Zuspitzung) "Der Staat" und "das Recht" (die teilweise personifiziert werden) konstruieren "willkürlich" Geschlechter. Sie gehen repressiv gegen Frauen vor, die ihr ungeborenes Kind der



Nation vorenthalten wollen. Schwangerschaftsunwillige Frauen werden kriminalisiert und bestraft, sie werden zu ärztlichen Beratungen gezwungen, ihr Wille wird gebrochen. Es gibt nur kein Aufbegehren dagegen, weil "im Rahmen eines parlamentarischen Systems" keine "grundlegenden Fragen" gestellt werden können.

1. Der böse Staat

(auch s. Einleitung und 4.)

Was im Artikel völlig ausgespart bleibt (und mit der einseitigen Stoßrichtung darin auch nicht vereinbar wäre), ist, dass die staatliche Biopolitik (Elterngeld usw.) unterschiedlichen Menschengruppen eine unterschiedliche Anzahl an Nachkommen nahelegt. Es gibt Leute, die sollen Kinder bekommen, und Leute (z. B. "bildungsferne Schichten", "Migrant*innen", ...), die sollen sich lieber nicht fortpflanzen. Wie kann hier behauptet werden, dem Staat ginge es einfach um "das Wachsen der Nation", als würde es für einen Staat per se besser sein, viele Bürger*innen zu haben oder als bräuchte er ständig nachkommende Soldat*innen. Sorry, falsche Zeitepoche.

2. Der böse Arzt

Ich stimme zu, dass es schlimm ist, die eigene Entscheidung vor einem (teilweise auch noch männlichen) Arzt erklären oder gar rechtfertigen zu müssen – erst recht nach der Erfahrung sexualisierter Gewalt. Ebenso ist es schlecht, als Frau oft allein auf den Arzt-Kosten sitzen zu bleiben, als wäre frau allein "für die Kinder zuständig" – und eben auch für deren Verhinderung (was auch die Sichtweise der meisten Männer ist). Dennoch würde ich dafür plädieren, ein differenzierteres Bild von ärztlicher "Zwangsberatung" bzw. Unterstützung zu zeichnen. Es mag immer noch Ärzt*innen geben, die der Patientin Vorhaltungen machen oder versuchen, sie umzustimmen, aber wo genau wird "der Wille der Frau" "gebrochen"? Hemmschwellen, die nicht zu vernachlässigen sind, hin oder her – immerhin gibt es heute im Großen und Ganzen die Möglichkeit, ohne lebensgefährliche Selbstversuche abzutreiben. Klar ist es trotzdem wichtig, Missstände zu benennen und weiter für ein Recht auf Abtreibung zu kämpfen – denn das gibt es in Deutschland immer noch nicht. Der §218 muss weg, keine*r braucht um Zellhaufen zu trauern. Es muss (soweit das in dieser Gesellschaft eben möglich ist) Entscheidungsfreiheit geben für oder gegen eine Abtreibung, ohne Bevormundung. Es braucht einen kostenlosen und (rezept-)freien Zugang zu allen Verhütungsmitteln für alle Menschen, auch zur „Pille danach“, usw.

3. Die arme Frau

Zunächst mal möchte ich betonen, dass die Gleichsetzung gebärfähig = Frau so nicht haltbar ist. Nicht alle Menschen, die schwanger werden können, sind Frauen. Eigentlich geht es beim Thema Abtreibung um gebärfähige Menschen.

So. Wir brauchen hier nicht darüber streiten, DASS es ein asymmetrisches Geschlechterverhältnis gibt, dass alles "Weibliche" abgewertet ist, dass Frauen (sowie auch emotionale Männer, Homosexuelle, intergeschlechtliche Menschen usw.) sexistisch diskriminiert werden. Wir müssen schon darüber streiten, WIE das HEUTE geschieht (um herauszufinden, wo es sinnvoll ist, anzugreifen und wo nicht).

Was auf jeden Fall in die Hose geht, ist platt den Staat als Täter und die Frau als Opfer von Bestrafung darzustellen. Frauen haben sehr wohl einen eigenen Willen und sind selbst aktiv, auch wenn manche*r das nicht glauben mag. Der Artikel spricht von "den von Schwangerschaft betroffenen Frauen" – es gibt sogar viele Frauen, die sich nichts mehr wünschen als die Küche sauber zu machen und Kinder zu bekommen! Herrschaft ist nicht unbedingt Gewalt und Zwang, Herrschaft hat auch noch nie einseitig repressiv funktioniert, sondern erfordert ein Mittun oder zumindest den Legitimitätsglauben der Beherrschten – ebenso wie Macht immer ein gewisses Maß an Freiheit auf beiden Seiten voraussetzt. Es ist alles etwas komplizierter.

Das beschränkende Ideal der "Hausfrau und Mutter" ist insgesamt stark in den Hintergrund gerückt 1. Die möglichen Frauenbilder und -rollen sind zwar immer noch begrenzt und zumeist die Wahl zwischen scheiße und Scheiße, jedoch hat sich vieles getan (z. B. durch Berufstätigkeit) in Richtung Unabhängigkeit. Lohnarbeit ist natürlich nicht grundsätzlich begrüßenswert, aber war und ist für die Lebensqualität einzelner Frauen ein großer Zugewinn an Selbstständigkeit. Das Meistern der dazugehörigen Doppelbelastung (Lohnarbeit/Karriere UND Hausarbeit/Kinder) ist nun seinerseits ein Weiblichkeitsideal geworden, das hoch im Kurs steht. Wir erleben heute eine De-Thematisierung von Geschlecht als gesellschaftsstrukturierendes Element (Gleichstellungsdiskurs usw., auch siehe 5.), während sozusagen unter der Oberfläche gleichzeitig gesellschaftliche Lasten feminisiert und (entweder neu oder weiter) den Frauen aufgebürdet werden (z.B. Reproduktion, Pflege-Tätigkeiten). Solche Entwicklungen sollten nicht außer Acht gelassen werden.

4. Die gute Selbstbestimmung

Die Errungenschaften der "Mein Körper bzw. Mein Bauch gehört mir"-Bewegung sind wichtige gewesen. Aber "Selbstbestimmung" muss auch ambivalent betrachtet werden. Ist das Hauptproblem, dass der Staat sich "in Privatangelegenheiten einmischt"? Ist es dementsprechend egal, was Leute "privat" so machen? Ist "das Private politisch"? Was Leute selbstbestimmt tun, ist nicht immer cool, individuelle Entscheidungen und Bedürfnisse sind immer auch gesellschaftlich vermittelte. Beispielweise wollen die wenigsten sich um ein behindertes Kind kümmern, nicht aus Bössartigkeit, sondern weil die heutigen gesellschaftlichen Umstände das sehr erschweren. Nun feierte aber die 70er-Jahre-Frauenbewegung die pränatale Diagnostik (die zu einer eugenischen Selektion "von unten" führen kann) als Ausweitung der Selbstbestimmung der Frau – wobei hier nicht Verhältnisse verändert, sondern die "Nutzlosen" oder "Belastenden" aussortiert werden. Dies kann ohne Eingriff in das "Selbstbestimmungsrecht der Frau" nicht kritisiert werden.

Früher war der gesamte Bereich Sexualität/Ehe/Kinder für Frauen von Verboten und Repression geprägt. Heute müsste mensch eher von neuen Herrschaftstechniken sprechen, die individualisierend wirken. Es gibt den Gegensatz Frau vs. Staat so nicht. Viel eher als irgendeine staatliche "autoritäre" Anordnung entscheidet die persönliche "selbstbestimmte" und somit auch selbst-beherrschte Le-

bensplanung der Frauen darüber, ob und wie viele Kinder sie bekommen. Klar ist auch diese wiederum abhängig vom Einkommen und von staatlichen Zuschüssen, oder z. B. das (Nicht)Vorhandensein von Kindergartenplätzen oder ausreichenden Betreuungspersonen legt eine bestimmte Entscheidung nahe.

So deckt sich trotz fehlender Repression die individuelle Entscheidung oft trefflich mit der Staatsraison. Die gesellschaftliche Vermitteltheit vermeintlich autonomer Entscheidungen ist verschleiert und damit auch die Erkenntnis, dass es innerhalb dieser Gesellschaft keine wirkliche Selbstbestimmung geben kann. Das Problem ist nicht der Einschnitt in die Selbstbestimmung, sondern der Schein der Möglichkeit von Selbstbestimmung innerhalb des Kapitalismus.

5. Die doofen Kategorien

Das Problem an der rechtlichen Gleichstellung von Frau und Mann ist doch nicht nur, dass Leute, die sich da nicht einordnen wollen oder können, nicht "gleichgestellt" werden. Vielmehr müsste mensch erkennen, dass die rechtliche Gleichstellung (die immerhin stark fortgeschritten ist, was zu würdigen wäre) in ihrer abstrakten Form keine wirkliche Gleichberechtigung schaffen kann.

Was unklar bleibt ist, ob es der*m Autor*in nun (wie der Schluss vermuten lässt) um eine Organisation von Frauen geht – oder ob es "Frauen" eigentlich gar nicht gibt. Eine kollektive Betroffenheitslage festzustellen und auf dieser Grundlage Forderungen zu artikulieren, wäre notwendig – jedoch ist dies nicht möglich, ohne sich auf die Kategorie Frau zu beziehen. Sicherlich ist Geschlecht sozial konstruiert und sicherlich sind diese Kategorien blöd – aber mit dieser Feststellung hat mensch noch nichts gekonnt. Es wird eben nicht(!) von irgendwelchen Leuten oder vom "Recht" "willkürlich" und nach Kosten-Nutzen-Rechnung umherkonstruiert. Das Problem ist auch nicht ein ominöses "dualistisches Geschlechterdenken des Staates", sondern das dualistische Geschlechterdenken aller, das seinen Grund wiederum in der Geschichte des Patriarchats und seiner Nutzbarmachung durch den Kapitalismus hat.

Geschlechtskategorien sind nicht durch Moralisieren, durch den Beweis ihrer Konstruktion oder durch individuelles Sich-Verweigern ins Wanken zu bringen. Es reicht auch nicht, die "Geschlechterkonstruktion zu dekonstruieren", sie also in ihre Einzelteile zu zerlegen, um sie zu durchschauen. Um das kapitalistische Geschlechterverhältnis aufzuheben, müssen wir die ökonomischen Verhältnisse (Organisation von (Re-)Produktion, geschlechtliche Arbeitsteilung, Ar-



beit überhaupt, Warentausch, Wertform usw.), in denen es wurzelt, radikal verändern. Anscheinend ist es in einer parlamentarischen Demokratie doch möglich, grundlegende Fragen zu stellen.

Kritik und Anregungen gern wieder in der Gai Dao :)

[1] Das soll nicht heißen, dass es nicht immer noch Diskriminierung, Anpassungszwang oder (teils gar noch personale) Herrschaft gäbe. Es beschreibt nur die aktuelle Entwicklung der Produktions- bzw. Arbeitsverhältnisse, die Tendenz.

Vertiefen und (er-)leben

Gedankenanstöße u. a. von

- Andrea Trumann: "Feministische Theorie. Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus" (2002, theorie.org-Reihe, Schmetterling Verlag)
- oder Tove Soiland: "Subversion, wo steckst du?" (in: "Geschlecht zwischen Subjekt und Struktur", 2011, Barbara-Budrich-Verlag, komplettes Buch aber auch kostenlos online verfügbar) www.subjektstruktur.blogspot.de/images/Soiland.pdf
- oder oder oder.

Empfehlungen:

- zu dem Thema – und allgemein als Einführung in Feministische Theorie – das Buch von Trumann.
- Proteste z. B. gegen den "1000 Kreuze Marsch" in Berlin oder Münster oder sonstwo
- Blog "'Marsch für das Leben' – What the fuck! – gegen christlichen Fundamentalismus und Abtreibungsverbot" www.no218nofundis.wordpress.com



„Oft steckt der Teufel im Detail“

Ein paar Worte zur Wichtigkeit von Verantwortung und Transparenz in anarchistischen Organisationen

★ w.m.

Claudia, Szene 1:

Puh, vor ner Stunde wurde ich an der Netto-Kasse endlich entlassen. Steffi erinnerte mich in der Straßenbahn daran, dass heut Versammlung ist. Also fix nach Hause, Kaffee gekocht, nen Brötchen hinuntergewürgt und dabei Notizen gemacht, was heut für mich die Schwerpunkte sind. Fertig und ab ins Zentrum. Das Treffen zieht sich eine ganze Weile, viele Aktionen nach- und vorzubereiten in der letzten Zeit. Unsere Lokalföderation leistet gute Arbeit und erregt gerade jetzt viel Aufmerksamkeit, aber das Ganze geht schon ordentlich in die Knochen. „Glücklicherweise“ bin ich nur vier Tage in der Woche auf der Lohnarbeit. Kurz vor Ende meint Krausi unter dem Punkt „Sonstiges“, dass er’s wichtig fände, dass unsere lokale Föderation einen antikapitalistischen Aufruf eines westdeutschen Krisenbündnisses unterzeichnet. Der Ausdruck geht rum, die ersten fangen schon an zu diskutieren. Nach einer Viertelstunde gibt es einen Konsens, vier Leute sind schon eine Raucherpause eher weg. Jetzt drängt’s auch mich. Noch ein fixes Feierabendbier am Tresen und wieder nach Hause. Mails checken, pennen.

Simone, Szene 2:

Ich könnt mich schon wieder aufregen. Zwei Tage vorher kommt die Einladung zur Vollversammlung. Anbei fünf kryptische Tagesordnungspunktvorschläge. Pf hab mir da jetzt schon ne Schicht reingeknallt, Pech. Zu zwei Themen schicke ich noch mal meinen Senf rum, der Rest erschließt sich mir nicht. Weit über eine Woche nach dem Treffen bekomme ich endlich mal das Protokoll über die Kanäle. Behandelt wurden 15 Tagesordnungspunkte, na danke. Haben „die“ nach Gutdünken entschieden, von Abstimmung keine Spur. Naja, muss zur Arbeit, später. Bevor ich ins Bett geh, kann ich mich nochmal durchringen, das formlose, unübersichtliche Ding durchzugehen, das hierzulande Protokoll geschimpft wird. Beim letzten Punkt werde ich stutzig: Welchen Aufruf haben „wir“ unterschrieben? Nach 10 Minuten Google finde ich das kleine Manifest im Netz und bin nach kurzem Durchlesen mittelschwer entsetzt: Unter diesem verkürzten und populistischen Text hat unsere Föderation ihren Namen gesetzt? Toll, zum Schlafengehen richtig satt. Treffen scheiße angekündigt, Tagesordnungspunkte muss ja vorher auch kein mensch wissen und dann gebe ich meinen Namen und meine politische Arbeitskraft her, damit ich dann mit unter so einem Scheiß stehe? Frag ich mich mal wieder, warum ich so was eigentlich mache, kann ich ja fast schon zur Partei gehen.*

Die geschilderten Szenen sind zwar fiktiv, von erlebter Praxis aber leider nicht so weit entfernt und von dieser gar nicht mal die

schlimmsten Vorkommnisse. Dabei sind die beispielhaften Probleme keinesfalls anarchistischer Organisation immanent und könnten leicht vermieden werden.

Anarchismus – eine Jugendbewegung?

Die meisten Leser*innen werden es wohl kennen, das Klischee, dass Anarchismus eine Jugendbewegung sei. Dass sich dieses Klischee nur allzu oft bestätigt, hat etwas mit der Organisationskultur im deutschsprachigen Gebiet zu tun. Nicht selten sind anarchistische Treffen chaotisch, schlecht organisiert, die Strukturen intransparent, die Anzahl und Uhrzeit der Treffen an junge Menschen mit viel Zeit ausgerichtet. Das führt dazu, dass sich neue Interessierte entweder gleich kopfschüttelnd wieder verflüchtigen (vor allem ältere Menschen, die an verbindliches Arbeiten gewöhnt sind) oder Menschen nach ein paar Jahren einfach keine Lust mehr haben, so viel Kraft und Zeit an die Schludrigkeit anderer Menschen zu vergeuden.

Nicht nur in der eigenen sozialen Situation denken

Grundlegend ist z. B. die Frage, wann treffen wir uns und wie lange gehen diese Treffen. Sind unsere Treffen überhaupt machbar für Leute, die früh auf Arbeit gehen müssen oder die schon einen achtstündigen Arbeitstag hinter sich haben? Wie hoch ist die Möglichkeit für Leute mit Kindern sich zu beteiligen? Das setzt sich fort, wenn es um die Frage der Pünktlichkeit geht. Warten wir standardmäßig eine ½ bis ¾ Stunde bis zum Beginn eines Treffens? Nehmen wir dabei in Kauf, dass viele andere Leute früher wieder wegmüssen und dadurch gegenüber den Zuspätkommenden benachteiligt werden? Oder dass sie aus genau diesem Grund schon gar nicht mehr kommen?

Wie konzentriert findet das Plenum dann statt? Albern wir vielleicht die Hälfte der Zeit in jugendlicher Leichtigkeit rum ohne zu bemerken, dass wir damit diejenigen einschränken, für die die Zeit knapp ist und denen es Mühe bereitet, im Alltag noch Zeit und Nerven für politische Tätigkeit freizuschaukeln? Betreffen wirklich alle 20 Tagesordnungspunkte (TOPs) die gesamte Runde oder ließen sich nicht noch Dinge auslagern?

Richtig interessant ist die Frage, wie viel der inhaltlichen Vorbereitung und Diskurse denn überhaupt über die politische Struktur läuft und wie viel in festen Freundeskreisen und Peergroups entsteht.

Um die angestoßenen Probleme überspitzt in Stereotypen beispielhaft deutlich zu machen: Ist es vielleicht auch in eurer politischen Struktur so, dass da eine Clique von 5-15 Jugendlichen (v. a. Studierende) ist, die sich jeden Tag sehen, auf den VoKüs und in den WGs miteinander die politischen Themen vordiskutieren, den größten



Teil der politischen Tagesarbeit auf kurzem Dienstweg leisten und dann Treffen für 19 Uhr unter der Woche ansetzen, die bis 1 Uhr in der Nacht dauern? Und gibt es auf der anderen Seite vielleicht vollzeitarbeitende Mitdreißiger*innen, z. T. mit Nachwuchs, die mensch seltenst zu Gesicht bekommt und die nach 1 ½ Stunden (das Plenum fing ja eine halbe Stunde später an) wieder gehen? Oder gab es solche Menschen nie in eurer Struktur?

Undurchsichtige Transparenz und mangelnde Verantwortung

Wenn sich politische Struktur und Clique mischen, dann leidet auch die Transparenz. Da politische Gruppen und soziale Zusammenhänge oft zu großen Teilen miteinander verwoben sind, erscheint es in gewissem Maße widersinnig, alles allzu bürokratisch zu gestalten. TOPs werden erst auf dem Treffen gesammelt oder kurz vorher rumgeschickt. Die Peergroup weiß ja eh, was gerade ansteht.

Gleichzeitig herrscht ein mangelndes Bewusstsein für Verbindlichkeiten. Übernommene Aufgaben werden regelmäßig vergessen, Protokolle mit riesigem zeitlichen Abstand nachgereicht, Tätigkeitsberichte oder ausführliche Beschreibungen für die Übernahme von Tätigkeiten kommen oft gar nicht zu Stande. Mensch kann ja Fragen, sich informieren, es wissen ja eh schon alle. Da mensch in einer anarchistischen Struktur ist, fühlt mensch sich oft per se offen und transparent. Neue Leute sehen sich meist nicht in der Pflicht, dieses Bild gerade zu rücken, in der Tat werden sie meistens entweder schnell selbst Teil der Peergroup und sind damit auch auf dem Stand oder sie gehen einfach wieder. Abgeschreckt oder verwirrt von der Arbeitsweise.

Den meisten kleineren Gruppen mangelt es an festen Regelungen und Fristen, bis wann in welcher Art Vorgänge transparent gemacht, Treffen und Tagesordnung angekündigt und Aufgaben erledigt werden müssen. Aufgrund von Personalmangel ist an mehrmalige unzureichende Erfüllung von übernommener Verantwortung in der Regel auch kein Mandatsverlust gekoppelt. Gleichzeitig ist dies wohl einer der Gründe, warum viele Zusammenhänge überhaupt erst so klein bleiben.

Stellvertreter*innenkonsens?

Schließlich ist die Neigung vieler anarchistischer Strukturen sehr bemerkenswert, unter möglichst viele Texte und Resolutionen den Namen der ganzen Organisation setzen zu wollen. Wie kann es z. B. sein, dass auf einem internationalen Delegiertentreffen eine vor Ort ausgearbeitete Resolution mit dem Namen einer gesamten Föderation unterschrieben wird? Haben die Delegierten schnell jedes Föderationsmitglied angerufen und nach seiner/ihrer Meinung gefragt? Wenig wahrscheinlich. Umso größer die Struktur, desto weniger ist es möglich, einen gemeinsamen Konsens zu konstatieren. In jeder Organisation gibt es Mitglieder, die wenig oder nur sporadisch aktiv teilnehmen können. Umso schneller auf einem Treffen entschieden wird, dass sich für einen Text oder eine Entscheidung die Gesamtorganisation kenntlich zeigt, desto mehr gerät ein angebliches Konsensprinzip zur Augenwischerei. Ein Kompromiss können Einspruchs-

fristen per IT-Struktur sein (vorausgesetzt die Organisation verfügt über eine von allen genutzte). Ehrlicher wäre es aber, die Entscheidungsfindungsgremien jeweils beim Namen zu nennen. D. h. „Versammlung des XY am 01.01.2013“ oder „AG XY des Z“. Andernfalls handelt es sich um nichts anderes als zum Konsens hochstilisierte Fremdbestimmung. Vor diesem Schritt scheinen viele anarchistische Strukturen allerdings Scheu zu haben, da dies weniger Stärke und Geschlossenheit nach außen trägt.

Nicht nur anarchistisch labeln, auch handeln!

Keine Organisation kann zu 100 % eine soziale Gleichheit herstellen oder die unterschiedliche Verteilung von Zeit und Interessen ganz kompensieren. Wie hier kurz umrissen gibt es allerdings einige Bausteine, die in der Praxis leicht angegangen werden könnten. Zusammengefasst könnten die Forderungen an eine tatsächlich anarchistische Organisationsarbeit wie folgt lauten:

Verbindlichkeit: Realistische Einschätzung der eigenen Interessen und Ressourcen. Ehrliche Kommunikation dessen und in jedem Fall verbindliche Erfüllung angekündigter Leistung oder frühzeitige Kommunikation darüber, wenn die Leistung doch nicht erfüllbar ist.
Soziale Verträglichkeit: Treffen ausreichend früh z. B. 1-2 Wochen vorher ankündigen, Antragsfristen setzen, Anträge und Tagesordnung mit Erklärungen im Vorfeld zugänglich machen, Zeitbegrenzung für Treffen, verträgliche Uhrzeiten, wenn machbar und nötig Kinderbetreuung organisieren.

Transparenz: Vorfelddebatten zusammenfassen, Beschlüsse und Protokolle übersichtlich und zeitnah zur Verfügung stellen, lieber viele offizielle Mandate als informelle, Mandate- und Arbeitsabläufe leicht verständlich dokumentieren, damit sie von anderen übernommen werden können, bewusst um Leute kümmern, die nicht in Peergroups sind und wenig Zeit für Informierung haben.

Konsens: Keinen falschen Konsens zulassen. Einspruch erheben, wenn Entscheidungen nicht allen Beteiligten zugänglich sind, Entscheidungen ggf. auf AGs auslagern oder die Entscheidungsträger*innen deutlich machen, schnellstmöglich den Rest über Entscheidungen und Folgen informieren. Besser: ausreichend Zeit für Rücksprache und schriftliche Statements bei Entscheidungen lassen.





Anarchismus und Judentum

Kapitel 3.3



aus dem Jiddischen von Marcel Heinrich

*Die 1950 erschienene Schrift **Anarkho-sotsialistische ideyn un bavegunen bay yidn** von Dr. Herman Frank (1890 -1952), jahrelanger Redakteur bei der angesehenen anarchistischen Zeitschrift **Fraye arbeter shtime**, dokumentiert die Geschichte und die Ideologien der jüdisch-anarchistischen Arbeiterbewegung.*

Nahezu alle jüdischen und nicht-jüdischen revolutionären Anarchisten in Russland aus der Zeit von 1903 bis 1908 bezahlten ihren gewagten und selbstaufopfernden Kampf gegen das politische System mit ihrem Leben. In der Geschichte dieses elementaren, beinahe instinktiv-emotionalen, verbissenen und verbitterten Kampfes gegen den Zarismus und den Kapitalismus schrieben die jüdischen Anarchisten nicht wenige spannende und dramatische Kapitel. Es war der verzweifelte Kampf der Söhne und Töchter der verarmten und ausgebeuteten jüdischen Massen. Sie verschrieben sich mit beispielloser Hingabe der Revolution. Halb bewusst war es die Rache der mutigen und schrecklosen Avantgarde einer ganzen Generation gegen ein verhasstes zweifaches Joch: gegen die aristokratische Despotie und die sozio-ökonomische Ungerechtigkeit. Doch bekanntermaßen haben die Revolutionäre den ersten Angriff auf die alte Ordnung verloren. Die zaristische Macht legte gegenüber den anarchistischen Bewegungen in Russland und Polen, die zu einem großen Teil aus Juden der städtischen Bevölkerungen bestanden, außergewöhnliche Grausamkeit und Blutdurst an den Tag. Wie bereits erwähnt, waren viele anarchistische Terroristen die Kinder einer verarmten, unterdrückten und sozial unterprivilegierten städtischen Schicht, besonders in den Industriestädten Bialostok, Grodno, Krinik und anderen. Man verspottete und folterte sie in den Polizei- und Gendarmeriestationen. In den reaktionären Jahren von 1906 bis 1907 stellte man sie vor Feldgerichte und verurteilte sie zum Tode durch Hängen oder Erschießen. Durch besondere Greuel zeichnete sich in den Jahren 1905 bis 1906 der Warschauer Generalgouverneur Skalon aus. Es waren ungeheuerliche Torturen, welche die Anarchisten von 1905 bis 1906 in der Warschauer Zitadelle aushalten mussten, von denen ein Teil nach der Exekution in die Weichsel geworfen wurde, nachdem man ihre Körper entstellt hatte, damit sie nicht mehr wiedererkannt werden. Das offensichtliche Ziel dessen war es, die übrig gebliebenen Gruppen in ihrer Wut und Entrüstung zu neuen terroristischen Akten gegen die blutdurstigen und sadistischen Machthaber zu provozieren.

Als in der zweiten Zeit unzählige junge jüdische Anarchisten in die Hände der zaristischen Mörder fielen, zeigten viele von ihnen im Angesicht des Todes ungeheuren Mut und Unerschrockenheit. Nicht wenige von ihnen gingen mit einem ekstatischen Ausdruck zu ihrer Hinrichtung. Dabei riefen sie: „Lang lebe die Anarchie“ und „Nie-

der mit den Tyrannen“. Es passierte auch, dass im letzten Moment vor dem Erschießen jüdische Anarchisten, wie beispielsweise Isaac Blekher aus Bialostok, vor den Soldaten, die das Gewehr bereits zum Schuss angelegt hatten, feierliche Reden hielten und die Soldaten erst auf ein zweites Kommando hin schossen. Oftmals wandten sich die Täter des polizeilich-inquisitorischen Regimes an die Opfer und versuchten sie davon zu überzeugen, als Spione oder Provokateure zu arbeiten, um so dem sicheren Tod zu entinnen. Nicht nur Misha Toker, sondern auch viele andere jüdische Anarchisten begingen Selbstmord, um nicht lebend in die Hände ihrer Henker zu geraten, indem sie sich beispielsweise auf dem Bett in ihrer Zelle selbst anzündeten und bis zum Tode verbrannten.

Auch bei den revolutionären Geschehnissen von 1917 in Russland, während der zweiten Revolte gegen den Zarismus und den Kapitalismus, nahmen die jüdischen Anarchisten regen Anteil. Es dauerte nicht lange, bis die jüdischen und nicht-jüdischen Anarchisten in Russland eine ausgesprochen feindliche Haltung gegenüber der Diktatur der staatskommunistischen roten Fahne einnahmen.

Nur ein ganz kleiner Teil der alten anarchistischen Aktivisten lief in das Lager der so genannten Anarcho-Bolschewisten über. Darunter befanden sich auch einige Juden, wie beispielsweise Aleksandrowitsch, Novomirski, Sandomirski, Roshtshin (Juda Großman) und andere. Ein ehemaliger Anarcho-Syndikalist, Bill Shatov, kein Jude, der zuvor lange in Amerika gelebt hatte, half den Bolschewisten im Kampf gegen die Anarchisten. Doch der größte Teil der russischen Bewegung und der Juden in ihr blieb den Idealen von Staatenlosigkeit und einer Gesellschaft ohne Zwang treu. Die bolschewistische Tyrannei hatte furchtbare Auswirkungen auf die anarchistischen Wortführer, von denen nicht wenige Juden gewesen sind. Im Jahr 1922 wurde eine bemerkenswerte Anzahl von ihnen, wie Volin oder Abraham Gordin, Alexander Shapiro, Mark Mratshni, Boris Jelenski, G. A. Gorelik und A. Feldman ins Ausland verbracht oder sie flohen. Die Verbliebenen wurden liquidiert oder in Lager verschickt, wo sie mit der Zeit durch Hunger, Erschöpfung oder Selbstmord starben.

Ein besonderes Kapitel in der Geschichte des Anarchismus im neuen Russland steht mit der Machno-Bewegung in der Ukraine in den Jahren 1918 bis 1921 im Zusammenhang. Ganz zu Beginn ihrer Blüte gab es den anarchistischen Anführer Volin (1882-1945), der von jüdischer Abstammung war. Vsevolod Mikhailovski Volin (Eykhensboym), der Nachfahre des berühmten jüdischen Aufklärers und hebräischen Schriftstellers aus dem zaristischen Russland, Jakub Eykhensboym (1796-1861), ein früher sozialistischer Revolutionär, wurde mit der Zeit der Hauptwortführer der Anarchisten in Russland. Volin hat bis zur zweiten russischen Revolution (1917-1918) lange in Frankreich und Amerika gelebt. Im Jahr 1918 gründete er mit einigen anderen



russischen Anarchisten (Josef Gutman, Aaron Baron) die ukrainische anarchistische Föderation Nabat. Volin schrieb deren Prinzipienklärung, eine Synthese aus französischem Anarcho-Syndikalismus und Anarcho-Kommunismus der bekannten kropotkinschen Ausprägung. Er redigierte das Hauptorgan der Föderation, zuerst in Kirowhorad, dann in Charkov (1919-1920). Volins Rolle und Bedeutung unter den revolutionären Massen war sehr groß. Im Jahr 1920 freundete sich Volin mit Machno (1887-1934) an, dem Anführer der anarchistisch gestimmten Partisanen-Bewegung. Volin und Arschi-noff wurden die Bildungs- und Propagandakommissare im Machno-Regime, das es für eine kurze Zeit gab.

Die Bolschewisten mit Trotzki an ihrer Spitze haben die Machno-Bewegung durch offenen militärischen Kampf und mit Hilfe dem-

agogisch-jesuitischer Methoden ausgelöscht. Machno und Volin flohen ins Ausland. Volin starb am 18. September 1945 in Paris. Etliche Jahre nach seinem Tod wurde sein monumentales Werk „Die unbekannte Revolution“ veröffentlicht, das einen tiefen und interessanten Einblick in die Machno-Bewegung und den Aufstand von Kronstadt gibt. Die Antisemitismus-Vorwürfe gegen Machno konnten noch zu seinen Lebzeiten widerlegt und ausgeräumt werden.

Die reinste Trauerveranstaltung

Aufruf zu den Protesten gegen die Nazi-Fackelmahnwache am 23. Februar in Pforzheim

★ alert|a Pforzheim

Seit 1994 findet jährlich am 23. Februar eine Fackelmahnwache auf dem Pforzheimer Wartberg statt. Unter Organisation des Neonazi-Vereins „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“ wird hierbei der „deutschen Opfer“ des Zweiten Weltkriegs gedacht, die bei dem Luftangriff der Alliierten am 23. Februar 1945 ums Leben kamen. Damit findet mit 100-200 Teilnehmer*innen die größte regelmäßige faschistische Veranstaltung Baden-Württembergs statt. Die Deutung der Nazis fällt in der Pforzheimer Öffentlichkeit auf fruchtbaren Boden. Über Jahrzehnte wurde der Angriff auf Pforzheim als „unnötiges Kriegsverbrechen“ charakterisiert. Dabei wurden maßgebliche historische Fakten, wie die NSDAP-Wähler*innen, die 1933 über 50% der Pforzheimer Stimmen ausmachten, oder die Beteiligung an der deutschen Rüstungsproduktion für einen von Deutschland ausgehenden Vernichtungskrieg außer Acht gelassen. Somit handelt es sich um bewusst eingesetzte Geschichtsverfälschung, die ebenso die Grundlage der „Trauerveranstaltung“ der Neonazis ist. Zwar findet öffentlich ein Umdenken statt – aber eine Erklärung für den von Deutschland ausgehenden Vernichtungskrieg soll auch hier nicht geliefert werden. Vielmehr wird betont, dass es bei allen Kriegsparteien Leid gegeben habe. Weiter geht die Betrachtung nicht – und das ist auch folgerichtig. Denn der Zweck der staatstragenden Geschichtsschreibung ist in allererster Linie die ideologische Legitimation des heutigen Deutschlands als „geläuterte Nation“, die auch wieder selbstbewusst in der Welt auftreten soll. Bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch in Pforzheim finden wir eine so große Plattform für unsere Kritik wie sonst nie im Jahr. Als Teil einer breiten Protestbewegung haben wir die Chance, mit unserer Kritik sowohl innerhalb des bürgerlichen Lagers als

auch in Teilen der Bevölkerung eine Debatte über den bürgerlich-kapitalistischen Staat als Grundlage des Faschismus anzustoßen. Dieser Aufruf ist als Teil dessen zu verstehen – deshalb möchten wir im Folgenden unsere Kritik an Nationalismus und Rassismus grob umreißen.

Nationalismus

Kapitalistische Staaten stehen auf dem Weltmarkt zueinander in Konkurrenz. Der Erfolg des einen Staats oder Staatenverbunds bedeutet notwendig die Niederlage eines anderen. Dabei wissen alle Gesellschaftsmitglieder, dass ihre gesamte Lebensgrundlage vom Staatserfolg abhängt. Fast alle Menschen leben hier direkt oder indirekt davon, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Kapitalist*innen müssen sich in großem Umfang ausrechnen, dass mit der Arbeit der Leute hier genug Geld zu verdienen ist. Oberstes Staatsziel ist es dabei, möglichst gute Bedingungen im Vergleich zu anderen Standorten auf dem Weltmarkt zu schaffen. Um das zu gewährleisten, verpflichtet der Staat seine gesamte Gesellschaft mit seinen Gesetzen auf die kapitalistische Produktionsweise. Mit seinem Gewaltmonopol setzt er durch, dass das gesamte Leben vom Erfolg in der Konkurrenz abhängt. Konkret bedeutet das unter anderem, dass selbst die grundlegendsten Bedürfnisse nur dann befriedigt werden, wenn man auch dafür bezahlen kann und dass die Interessen der Arbeitenden prinzipiell unter die unternehmerische Gewinnrechnung untergeordnet sind. Wer akzeptiert, dass die Welt so eingerichtet ist, und sich positiv zum Staatsziel stellt, steht schon auf dem Standpunkt des Nationalismus. Weil Nationalist*innen also akzeptieren, dass sich alle ihre anderen Interessen nur dann erfüllen lassen, wenn der Erfolg in der Staatenkonkurrenz gegeben ist, machen sie sich den Staats-



erfolg als ihr oberstes Interesse zu eigen – sogar wenn das für den Einzelnen bedeutet, “den Gürtel enger zu schnallen”. In dem Standpunkt “Deutschland zuerst” unterscheiden sich Nazis nicht von den meisten Demokrat*innen. Sie unterscheiden sich nicht in ihrem Interesse, sondern darin, welche Mittel sie für den Erfolg der Nation für notwendig halten. Das soll keineswegs heißen, dass es keine Unterschiede zwischen Demokratie und Faschismus gäbe – wer aber die Grundlagen des Faschismus an der Wurzel packen will, muss sich auf einen antinationalen Standpunkt stellen.

Rassismus

Jeder Staat basiert zu allererst auf Ausgrenzung. Er braucht elementar Staatsgrenzen und Staatsbürger*innen, über die er die ausschließliche Macht ausübt. Das funktioniert in der Logik von Staaten nur in Abgrenzung zu anderen Staatsgebieten und Menschen mit einem anderen Pass. Diese Aufteilung der Welt setzen Staaten auch vehement durch. Das geschieht beispielsweise mit der Regelung der Staatsangehörigkeit (wer ist Deutscher, und vor allem: wer nicht?), wer darf einreisen, und wie werden Menschen davon abgehalten, die das nicht dürfen (Grenzschutz), oder wie wird ein Staat „Illegale“ wieder los (Abschiebungen). Da verwundert es auch nicht, wenn Menschen aus einem anderen Land prinzipiell Misstrauen entgegengebracht wird. Sie sind ja Bürger einer konkurrierenden Staatsmacht – und dementsprechend gibt es in der nationalistischen Logik immer die Befürchtung, dass sie im Zweifelsfall fremden Interessen dienen. Daraus folgt, dass an Migrant*innen stets andere und höhere Maßstäbe angelegt werden. Dabei ist es nicht verwunderlich, dass es keine Debatte über die stammtischdeutsche Parallelgesellschaft oder Schwaben, die sich weigern Hochdeutsch zu lernen, gibt. Auch in diesem Punkt unterscheiden sich Nazis von den meisten Demokrat*innen nicht in ihrer Sortierung in verschiedene Völker – sondern in ihren Konsequenzen aus der Sortierung. Während der demokratische Staat ihm nützende Ausländer*innen gerne aufnimmt (während er andere zu Tausenden im Mittelmeer ersaufen lässt), sind Nazis hier nicht kompromissbereit: Für sie hat hier kein*e Ausländer*in was zu suchen. Auch hier gibt es für die Betroffenen von Rassismus wieder gravie-

rende reale Unterschiede – wer es aber ernst meint damit, dass Menschen nicht auf Grund ihrer Herkunft diskriminiert werden sollen, sollte auch hier wieder einen antinationalen Standpunkt einnehmen.

Ziviler Ungehorsam

Aus unserer Erfahrung heraus wissen wir, dass die Verbreitung und Vermittlung von Kritik nicht nur auf Grund von sachlichen Argumenten geschieht. Meist ist es eine Kombination aus sozialer Interaktion, gemeinsamen Erlebnissen, kollektivem Reflektieren und sachlicher Kritik. Wir glauben also, dass als Teil einer realen Bewegung auch inhaltliche Diskussionen eher geführt werden – und gegen Nazis auf die Straße zu gehen, halten wir auch deshalb schon für sinnvoll, weil sie eine reale Bedrohung für politische Gegner*innen und Migrant*innen sind. Aktionen des zivilen Ungehorsams halten wir in diesem Fall für ein geeignetes Mittel. Zum einen haben wir damit die Chance, real den Aufmarsch der Nazis zu verhindern, die eigene Ohnmacht kurzzeitig zu durchbrechen und real etwas, wenn auch im Kleinen, zu verändern – und das gibt Kraft für neue Kämpfe. Zum anderen ist im kollektiven Regelübertritt eine radikale Kritik angelegt. Wer dazu bereit ist, eine Polizeikette nicht mehr als unüberwindbares Hindernis zu betrachten, wer also sein Interesse, den Nazis im Weg zu stehen, im Zweifelsfall auch gegen die Polizei durchzusetzen versucht, stellt den Rechtsstaat praktisch ein Stück weit in Frage. Einigen ist das schon im Vorfeld klar, für andere ist das eine neue Erfahrung. Ob diese Erfahrung dann auch in ihrer Tragweite so erfasst wird, ist dabei zwar offen – wir sind aber optimistisch, dass sich viele der Protestierenden danach zumindest die richtigen Fragen stellen – und das ist der Ausgangspunkt für eine radikale Gesellschaftskritik.

Weitere Informationen

Antifaschistische Demonstration: 23.02. | 15:30 Uhr | Pforzheim Hauptbahnhof
Für aktuelle Infos im Vorfeld:
www.alertapforzheim.blogspot.de



Es geht um mehr als nur EDV

Aufruf gegen den 16. europäischen Polizeikongress 2013 in Berlin

★ Rigaer94

Am 19./20. 02. 2013 findet erneut der europäische Polizeikongress in Berlin statt. Ein Ereignis, bei dem Militär, Polizeibehörden, Justiz, Sicherheitsunternehmen und weitere Repressionsorgane aus ganz Europa zusammenkommen, um gemeinsam mit Vertreter*innen von Wirtschaft und Nationalstaaten zu diskutieren und sich auszutauschen, wie die Politik in Europa noch effektiver kapitalistischen Logiken folgen und diese gegen den Willen der Menschen durchsetzen kann. Im Zentrum des Polizeikongresses 2013 stehen die Themen „Behördenvernetzung“ und „Datenverarbeitung“. Im Kontext der Repression bedeutet dies eine flächendeckendere und einfachere Überwachung der Bevölkerung. So befassen sich EDV-Firmen wie IBM, Optimal Systems und andere mit der Frage, wie ein Informationsaustausch zwischen Polizei-, Justiz-, und „Sozialbehörden“ effektiver gestaltet werden kann. Ziel ist die Organisation einer noch besseren Überwachung aller Bereiche des Privatlebens durch Geheimdienste und Polizei. Realisiert wird dies beispielsweise durch Video- und Onlineüberwachung.

Es geht beim Kongress aber um weit mehr als nur EDV. Fragestellungen wie „die Frage nach der effektivsten Möglichkeit, Widerstand einzelner oder von Gruppen zu brechen“, sind Teil der staatlichen Totalkontrollphantasie. Hier zeigt sich die Verbindung von Staat und Kapital allzu deutlich, denn Firmen wie „Teaser“ stellen ihre Waffen aus. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der informelle Austausch, d. h. die Weitergabe von Erfahrungen der Repressionsorgane unterschiedlicher Länder. Gerade zum Thema Aufstandsbekämpfung und dem damit zusammenhängenden Komplex „Urban Warfare“ gibt es schon jetzt eine rege Zusammenarbeit der unterschiedlichen nationalen Sicherheitsbehörden. Dies bedeutet nichts anderes, als dass die Sicherheitsbehörden der unterschiedlichen Nationen zusammen das Niederschlagen von Aufständen, vor allem in den Städten, trainieren und Konzepte austauschen. Sowohl im Zuge von Nato-Übungen als auch bei der militärischen und polizeilichen Ausbildung befreundeter Staaten ist Deutschland dabei ganz vorne. Erkennen kann mensch dies

beispielsweise in Athen, wo die Bullen ihre Taktik total verändert haben. Begleitende Spalieri und schnelle Bewegungen kleiner agiler Trupps sind das Ergebnis eines umfassenden Austauschs der griechischen Einheiten mit deutschen und französischen Bullen.

Der Grund für dieses gesteigerte Interesse am Kampf gegen die Bevölkerungen liegt auf der Hand bzw. liegt auf der Bank. Die weltweite wirtschaftliche Lage wirkt sich auf viele Länder destabilisierend aus. Der erhöhte Spardruck in fast allen Staaten durch Gläubiger anderer Staaten und EZB führt zu einer radikalen Verschlechterung unserer Lebensumstände und somit zu hohen sozialen Spannungen. In vielen europäischen Ländern gehen die Menschen dagegen auf die Straße und formieren breiten Widerstand gegen die jeweiligen Regierungen. Die deutsche Bevölkerung ist hierbei ein unrühmliches Beispiel, da die Menschen hier wohl eher obrigkeitshörig verhungern, als sich zu erheben und für ihr Recht zu kämpfen. Dass die Regierungen trotz knapper Kassen weiter aufrüsten, zeigt, welche Angst ihnen unsere Proteste einjagen.

Zeigen wir ihnen, dass ihre Ängste berechtigt sind!
Machen wir den Polizeikongress 2013 zum Desaster!

Kommt zur Demo am 16.02.2013!

Bereitet Aktionen für den 19. und 20.02.2013 vor!

Get active:

Weitere Aufrufe, Hintergrundartikel und alle Informationen zur Demo und anderen Aktionen findet ihr unter

www.polizeikongress2013.blogspot.de

**28****[改道] Gai Dào**
N°26 - Februar 2013

We will rise again

*Aufruf zur Zusammenkunft und Zusammenarbeit
im Kongress der protestierenden Flüchtlinge in Europa
vom 1. bis 3. März 2013 in München*

★ Aktionskreis unabhängig protestierender Flüchtlinge

Seit dem 19. März 2012 befinden wir Flüchtlinge uns in einem Kampf um das Erringen von elementaren Menschenrechten, von Freiheit und Gleichheit, denn wir wollen nicht mehr wie „Ausländer“ und Menschen dritten Grades behandelt werden, sondern wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger. Diese Ära unseres Kampfes begann mit einem kleinen Zelt in Würzburg und erwuchs zu einer großen Bewegung, die sich in ganz Europa ausbreitet.

Dieser lange Streik war bisher von vielen Höhen und Tiefen begleitet, die die vielschichtigen Entwicklungen des Protestes charakterisieren. Tragische Geschehnisse wie der Selbstmord von Mohammad Rahsepar am 28. Januar 2012, der Beginn des Streiks und die vielen darauf folgenden politischen Aktionen wie die Demonstration am 13. Februar, der Beginn des Hungerstreiks in Würzburg, der Beginn des Protestzelt-Projekts am 10. Juli und dessen Ausweitung auf elf Städte in fünf deutschen Bundesländern bis zum September und zuletzt die Durchführung des Protestmarsches nach Berlin sowie der große Streik in Berlin.

In dieser Zeit haben die Proteste der Flüchtlinge und der Illegalisierten auf der europäischen Ebene in unterschiedlichster Form Früchte getragen und wichtige Veränderungen in einigen Ländern mit sich gebracht. Von Mai an begannen weitere Streiks in Dänemark, in der Türkei, in Bulgarien, in Griechenland, in Frankreich, in Holland und in Österreich.

In den beiden letztgenannten Fällen hat die Polizei die Protestcamps niedergerissen, woraufhin der Kern des Protests jeweils in eine Kirche in Amsterdam und in Wien verlagert werden musste. Somit stellen die Solidarität und der Zusammenhalt in den Kämpfen in Deutschland, Holland und in Österreich die zurzeit noch klar sichtbaren Punkte dieses Widerstands dar.

Während dieser langen Zeit der Auseinandersetzungen und Kämpfe mit einem ausländerfeindlichen und flüchtlingsfeindlichen System konnten wir viele Erfahrungen sammeln. Im Austausch mit den streikenden Illegalisierten in Holland sowie dem Streik und dem Protestmarsch in Österreich sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass eine gemeinsame kritische Analyse und das Sammeln von weiteren Ideen für die Zukunft des Flüchtlingsprotestes unabdingbar sind.

Dabei stellt das Hauptziel die Bildung von unabhängigen Räten von Flüchtlingen dar, die vollständig von protestierenden Flüchtlingen selbst organisiert sind und in jedem geographischen Fleck als solidarisches Kollektiv gemeinsam Strategien ihres Widerstands ausarbeiten und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Zu diesem Zweck organisieren und veranstalten wir diesen bundesweiten Kongress.

In diesem Sinne laden wir alle Flüchtlinge, Illegalisierten, Einwanderer/Immigrant*innen und Menschen mit Migrationshintergrund, Aktivist*innen, Studierende, Journalist*innen, Menschenrechtsaktivist*innen zu diesem Kongress ein, sich zu beteiligen und mitzuarbeiten.

Flüchtlinge, Illegalisierte und Migrant*innen haben entschieden, einen weiteren großen Schritt für ihre selbstorganisierte Unabhängigkeit und für ein Widerstandskollektiv zu tun, für die, die „nicht von hier“ sind, in der untersten Schicht der europäischen Gesellschaft, für all diejenigen, die das System mit all seinen Möglichkeiten und all seiner Macht zu negieren versucht und denen es ihre sozialen und menschlichen Rechte abspricht.

Nach vielen Gesprächen zwischen dem Aktionskreis Flüchtlinge und weiteren aktiven Flüchtlingen wurde das erste März-Wochenende (1. bis 3.3.2013) für den Kongress ausgesucht. Wir laden alle aktiven Personen und Gruppen ein, sich anzuschließen, ob nur in Form ihrer Anwesenheit oder ihrer Mitarbeit im Ganzen oder nur in Teilen. Dieses Projekt läuft zurzeit unter Mitarbeit vieler verschiedener Gruppen, aber eure Beteiligung an diesem Projekt ist notwendig und mit Sicherheit kann eure Aktivität der Qualität der Durchführung des Projekts dienlich sein.

Um die Planung des Kongresses zu erleichtern, bitten wir euch, euch über die Webseite für die Teilnahme am Kongress anzumelden.

Weitere Informationen

01. - 03. März 2013

Gewerkschaftshaus | Schwanthalerstraße 64
80336 München

Kontakt: refugeecongress@gmail.com

Homepage: refugeecongress.wordpress.com



Solidarität muss Bargeld werden

Ein Aufruf aus Finsterwalde

★ *Anarchist*innen aus Finsterwalde*

Es ist so weit – nach längerer Vorbereitung eröffnet in Finsterwalde nun endlich der OASE Spätshop mit Infoladen. Die kleine, aber feine anarchistische Szene möchte die Gelegenheit nutzen und im Infoladen ein breites Angebot anarchistischer Literatur, Informationsmaterial und Merchandising präsentieren.

Leider sind die Kolleg*innen vor Ort von einer harten Repressionswelle betroffen (mehr Infos dazu unter: 129-ev.tk). Das verursacht eine Reihe von Kosten und dieses Geld fehlt natürlich an anderer Stelle. So musste das Erscheinen des lokalen Anarcho-Blattes schon wiederholt verschoben werden. Darum ist es notwendig, um die Arbeit vor Ort trotzdem sicherstellen zu können, dass ihr nach euren Möglichkeiten Geld überweist. Das können einmalige Spenden in beliebiger Höhe sein, aber natürlich sind auch Daueraufträge sehr willkommen. Mit eurem Geld würdet ihr natürlich nicht nur den Infoladen unterstützen oder mithelfen, dass die Zeitung endlich regelmäßig erscheinen kann. Auch die Organisation von Demonstrationen, Küchen, Veranstaltungen usw. usf. benötigt Geld.

Spendet für die Genossenschaft (OASE) und für die Aktivitäten der Anarchist*innen in Finsterwalde

Kontakt und Spenden

OASE Kollektiv eG i. Gr.

Konto 112 618 980 0

BLZ 430 609 67

GLS Gemeinschaftsbank eG

Stichwort: Solidaritätszuschlag

Kontakt:

OASE Kollektiv eG i. Gr.

Lange Straße 31

03238 Finsterwalde

**GAI DÀO
ABONNIEREN**

3 Monate:	6,00€	7,50€	mind. 8,00€
6 Monate:	12,00€	15,00€	mind. 16,00€
12 Monate:	24,00€	30,00€	mind. 32,00€

(Preise: Prekär | Normal | Soli und zzgl. Versand)

Konto:

Be the media
Ktn.: 0004764986
BLZ: 83065408
Deutsche Skatbank

Für Spenden bitte einen entsprechenden Verwendungszweck angeben!

abo-gaidao@riseup.net
info@a4druck.ch (Schweiz)



Wien

„Nein, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht!“ | Antinationale Demo gegen den WKR-Ball

1. Februar / 18 Uhr / Europaplatz / nowkr.at

Freiburg

Vortrag: Wenn Wegschauen tötet – 13 Jahre „Nationalsozialistischer Untergrund“ | Referentin: Katharina König

1. Februar / 20 Uhr / White Rabbit Club, Am Leopoldring 1

Erfurt

FAU Thüringen bietet auch 2013 weiterhin Präsenzzeit an
09. & 23. Februar / 14-15 Uhr / veto, Papiermühlenweg 33, 99089 Erfurt

Düsseldorf

Vortrag: Böse Zigeuner? Antiziganismus heute
13. Februar / 20 Uhr / Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53, 40225 Düsseldorf

Köln

Schwarzer Tresen: Anarchie, was is' das?
Heute: Anarcho-Kommunismus
13. Februar / 20 Uhr / Ort: AZ-Köln, Wiersbergstrasse 44, Köln-Kalk
Mehr Infos: agkoeln.blogspot.de

Hamburg

Lesung: Jacques Prevert „Diese Liebe ...“
15. Februar / 19 Uhr / Libertäres Kultur- und Aktionszentrum „Schwarze Katze“
Mehr Infos: libertaereszentrum.de

Witten

Vortrag: Der „Nationalsozialistische Untergrund“ und der deutsche Staat – „die Pannen“ und das System
15. Februar / 19 Uhr / Augustastrasse 58 (im Hof). Bitte klingeln.
Mehr Infos: trotz allem.blogspot.de

Hamburg

Lesung: Wer war Marinus van der Lubbe?
20. Februar / 19 Uhr / Libertäres Kultur- und Aktionszentrum „Schwarze Katze“

Lesung mit Autor Robert Brack zu seinem Buch über die Umstände des Reichstagsbrands.
Mehr Infos: libertaereszentrum.de

Mannheim

Diskussion: Politischer Streik im Europa der Krise
21. Februar / 19 Uhr / Jugendkulturzentrum Forum, Neckarpromenade 46
Mehr Infos: rosalux.de

Berlin

Anarchie dans la France aujourd'hui – Anarchie im heutigen Frankreich
27. Februar / 19 Uhr / BAIZ, Christinenstr. 1, 10119 Berlin
Veranstaltet von A-Laden Experience (ALex)
Mehr Infos: baiz.info

Münster

Vortrag Arbeitskämpfe unter prekären Bedingungen
28. Februar / 19:30 Uhr / Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8
Mehr Infos: fau-muensterland.de

DRESDEN 13|02

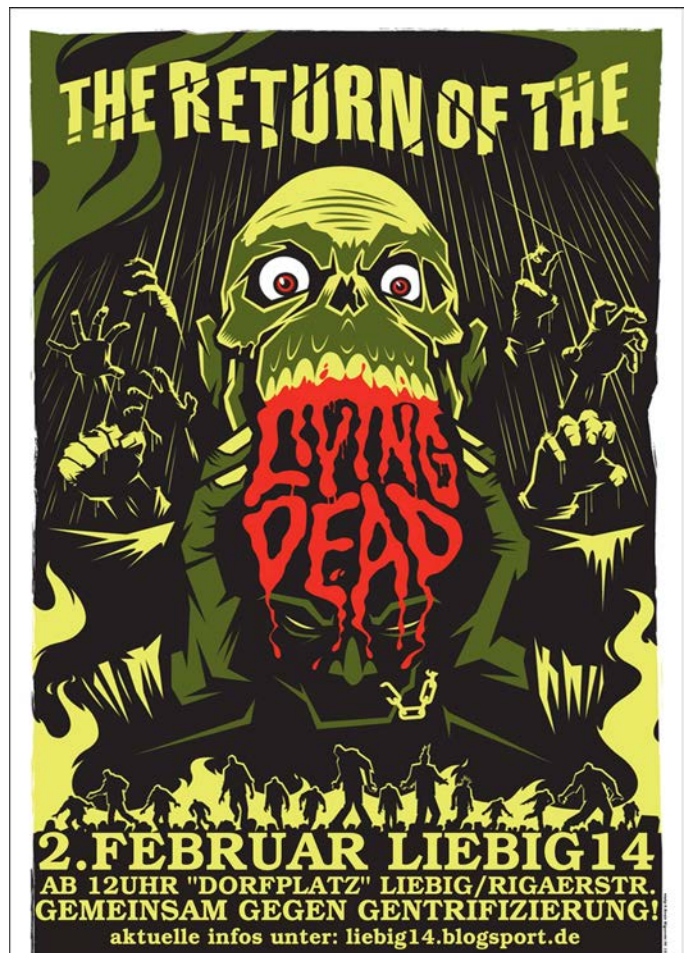


KEINE RUHE!

Jeden Opfermythos dekonstruieren
Nazis stoppen!



www.keineruhe.noblogs.org





FdA hautnah

Regelmäßige Termine der Mitglieder im Forum deutschsprachiger Anarchist*innen.

BERLIN

Anarchistischer Stammtisch der Anarchistischen Föderation Berlin (AFB)

Jeden 2. Donnerstag ab 19 Uhr in der Tempest Library,
Reichenberger Str. 63a, Kreuzberg
4. Dienstag des Monats ab 19 Uhr im Café Morgenrot,
Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin

Immer am 1. des Monats ein ernster und satirischer Rückblick des Vormonats
Direkt anhörbar unter: aradio.blogspot.de

DRESDEN

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden

Jeden 2. Mittwoch 20 Uhr in der Kneipe „Trotzdem“, Alaunstr. 81,
Dresden-Neustadt
und 4. Freitag, 20 Uhr, im „Schwarzen Schaf“, Schäferstraße 101 in
Dresden-Friedrichstadt

Offenes Plenum der Tierrechtsgruppe Dresden

Jeden 2. Donnerstag im Monat, 20 Uhr, AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Hechtviertel

Offenes Treffen der psychiatrie-kritischen Gruppe Projekt Ikarus

Jeden 3. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39, Dresden-Hechtviertel

LUDWIGSBURG

Anka L - das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)²

Jeden 4. Mittwoch im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

KARLSRUHE

Offenes Treffen der Libertären Gruppe Karlsruhe

Jeden 2. Dienstag ab 19 Uhr in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus),
76133 Karlsruhe

Offenes Treffen der FAU Karlsruhe

Jeden 1. Samstag ab 15 Uhr in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus),
76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio

Jeden 2. Sonntag um 18 Uhr, Querkfunk 104,8 MHz oder www.querfunk.de

MANNHEIM

Volxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)

Jeden 1. Sonntag ab 19:00 Uhr im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus), 68159 Mannheim

Radio Libertad - libertäre Nachrichtensendung der AGM auf Radio Bermudafunk (89,6 in Mannheim 105,4 in Heidelberg)

Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 13:00 - 14:00 Uhr

SAARBRÜCKEN

Feierabend - die libertäre Solikneipe

Jeden 2. Freitag im Monat ab 20:00 Uhr im JUZ, Pfarrgasse 49 in St. Ingbert

HEIDELBERG

A-Kneipe

Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19.30 Uhr,
im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt

KÖLN

Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe Köln

Jeden 2. Mittwoch ab 20 Uhr in der Nantonka-Bar, Autonomes Zentrum Kalk, Wiersbergstrasse 44, 51103 Köln

Stuttgart

Schwarz Roter Tresen der FAU Stuttgart

jeden ersten Mittwoch im Monat, 20:00 Uhr, DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg



Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

KONTAKTE

Forum deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
www.fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
www.i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)
Kontakt: info@a4druck.ch
www.a4druck.ch

alert|a Pforzheim
Kontakt: alerta@kommunikationssystem.de
<http://alertapforzheim.blogspot.de/>

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: afb@riseup.net
<http://afb.blogspot.de>

Anarchistische Gruppe Freiburg
Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org
<http://ag-freiburg.org>

Anarchistische Gruppe Köln
Kontakt: ag-koeln@riseup.net
<http://agkoeln.blogspot.de>

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
<http://anarchie-mannheim.de>

Anarchistische Gruppe Ortenau
Kontakt: ago@riseup.net
<http://ago.blogspot.de>

AG K.A.R..O. (Mainz)
Kontakt: agkaro@riseup.net
<http://agkaro.blogspot.de>

antinationale.org (Saarland)
Kontakt: antinationale@riseup.net
<http://antinationale.org>

Emanzipatorische Gruppe Konstanz
Kontakt: emanzipatorische-gruppe@systemausfall.org
<http://emanzipatorischegruppe.blogspot.de>

Freie Arbeiter*innen Union (FAU) Karlsruhe
Kontakt: kontakt@fau-karlsruhe.org
<http://fau-karlsruhe.org>

Freie Arbeiter*innen Union (FAU) Stuttgart
Kontakt: faus@fau.org
<http://faustuttgart.blogspot.de>

Karakök Autonome (Türkei/Schweiz)
Kontakt: laydaran@immerda.ch
<http://karakok.org>

Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB²)
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
<http://lb2.pytalhost.de/>

Libertäre Gruppe Heidelberg
Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
<http://anarchieheidelberg.blogspot.de>

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
<http://lka.tumblr.com/>

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: linetdd@riseup.net
<https://libertaeres-netzwerk.info/>

Libertäre Initiative Schleswig Holstein
Kontakt: nico-mynona@ok.de

Nigra (Ortenau)
Kontakt: nigra@riseup.net
<http://nigra.noblogs.org>